



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

287 (26.6.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-204110](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-204110)

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich frei ins Haus gebracht Mark 20.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 55.—, halbjährlich Mark 105.—, jährlich Mark 205.—. Einzelnummern 1 Pf. 50. Postfach Nr. 17590 Karlsruhe in Baden und Nr. 2917 Ludwigshafen am Rhein. Hauptgeschäftsstelle E. 6. 2. 2. Geschäfts- und Anzeigen-Redaktion: Waldstraße Nummer 6. Telefon: Nummer 7940, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die kleine Seite Nr. 6.—, große Nr. 12.—, 14.—, 16.—, 18.—, 20.—, 22.—, 24.—, 26.—, 28.—, 30.—, 32.—, 34.—, 36.—, 38.—, 40.—, 42.—, 44.—, 46.—, 48.—, 50.—, 52.—, 54.—, 56.—, 58.—, 60.—, 62.—, 64.—, 66.—, 68.—, 70.—, 72.—, 74.—, 76.—, 78.—, 80.—, 82.—, 84.—, 86.—, 88.—, 90.—, 92.—, 94.—, 96.—, 98.—, 100.—. Einzelnummern 1 Pf. 50. Postfach Nr. 17590 Karlsruhe in Baden und Nr. 2917 Ludwigshafen am Rhein. Hauptgeschäftsstelle E. 6. 2. 2. Geschäfts- und Anzeigen-Redaktion: Waldstraße Nummer 6. Telefon: Nummer 7940, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Die Abwehr des politischen Terrors.

Ausnahmereverordnungen zum Schutz der Republik.

Die Regierungserklärung.

DRS. Berlin, 24. Juni.

Die für heute abend 7 Uhr anberaumte Reichstags-Sitzung zur Entgegennahme einer Regierungserklärung ist auf 8.30 Uhr verschoben worden.

Um 8.30 Uhr wurde die heutige Abendsitzung des Reichstages zur Entgegennahme einer Regierungserklärung durch Präsident Löbe eröffnet. Die Tribünen sind noch spärlich besetzt wie in der Vormittags-Sitzung. Auch die Diplomatensalons sind vollbesetzt. Alle Reichsminister und als Vertreter der preussischen Regierung sind Ministerpräsident Brauns und Handelsminister Siering erschienen. Sofort nach Eröffnung der Sitzung erteilte Präsident Löbe dem

Reichskanzler Dr. Wirth

das Wort, der unter atemloser Spannung des Hauses folgendes ausführte:

„Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk folgenden Aufruf und Mahnruf:

Die Republik ist schwer bedroht durch eine ruchlose und nichtswürdige Verheerung, die die Diener der Republik für vogelfrei erklärt. Ein Nest von Verschwörern steht hinter dem Mord an Dr. Rathenau, der nur ein Glied der Kette wohl vorbereiteter Anschläge gegen die Republik ist. Erst sollen die Führer der Republik getroffen werden, dann die Republik selbst. Die Verteidigung der Republik muß durchgreifend geschehen. Dem Terrorismus und Ribilismus, der vielfach unter dem Deckmantel nationaler Gesinnung auftritt, darf nicht mehr mit Nachsicht begegnet werden.

Da Gefahr im Verzuge ist, muß schnell gehandelt werden. Die Regierung hat deshalb dem Reichspräsidenten empfohlen, von seiner verfassungsmäßigen Befugnis Gebrauch zu machen und durch Verordnung den Schutz des Staates und der Republik und das Leben seiner durch politische Mordorganisationen bedrohten Vertreter zu sichern. Die Regierung wird für deren strengste Durchführung Sorge tragen und sofort die Vorlage der gesetzlichen Vorschriften entsprechend einbringen, um der moralischen und politischen Zerfetzung Einhalt zu gebieten. Die Regierung verstehe die Erregung des Volkes und bedauere die wirtschaftlichen Rückschläge eines solchen Wahnsinns, welcher am meisten die arbeitenden Klassen treffe.

Die Reichsregierung hofft, daß das deutsche Volk sich nicht zu Schritten verleiten läßt, welche die wirtschaftlichen und politischen Schäden noch vermehren würden; sie erwartet vielmehr, daß das deutsche Volk sich hinter die Regierung stellen wird und richtet daher an die Beamtenschaft und an die Arbeiter aller Parteien und an das ganze freiheitliche Bürgertum die ernsthafte und dringliche Mahnung, in Rot und Gefahr zusammenzustehen.

Es lebe die Republik

Die Reichsregierung.“

Der Kanzler fuhr dann fort, daß die Regierung dem Reichspräsidenten empfohlen habe, von seinem verfassungsmäßigen Rechte des Artikels 48 der Reichsverfassung Gebrauch zu machen. Der Reichspräsident, der sofort nach Berlin zurückkehrte, habe sich entschlossen, eine Verordnung zum Schutz der Republik zu erlassen.

Hierauf gab der Kanzler die

Ausnahmereverordnungen der Reichsregierung

bekannt. Die Verordnungen, die die Reichsregierung zum Schutze der Republik erlassen hat, gehen besonders auf einige Verbote von Vereinigungen, die den Zweck haben und das Bestreben verfolgen, die republikanischen Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Reiches gefährdenden Weise verächtlich zu machen oder Handlungen zu billigen oder zu verherrlichen, die auf Beseitigung der republikanischen Staatsform hinzielen oder die zu Gewalttaten gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes aufwiegen. Zuständig für die Maßnahmen sind die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen. Gegen eine Anordnung nach § 1 ist die Beschwerde zulässig. Wer nach § 1 verbotene Versammlungen oder Kundgebungen veranstaltet oder in einer solchen als Redner auftritt, wird mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft. Daneben kann auf eine Geldstrafe bis zu 500 000 A erkannt werden.

Die Strafbestimmungen zum Schutze der Republik lauten u. a.: 1. Mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 5 Jahren, neben dem auf Geldstrafe bis zu 500 000 A erkannt werden kann, wird bestraft: 1. wer öffentliche Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform oder gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung begeht, verherrlicht oder billigt oder wer solche Gewalttaten begünstigt; 2. wer zu Gewalttaten gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes auffordert, aufwiegelt oder solche Gewalttaten mit anderen verabredet; 3. wer die Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes verleumdete oder öffentlich beschimpft und wer öffentlich die republikanische Staatsform oder die Reichs- und Landes-

farben beschimpft; 5. eine Verbindung, die den Zweck hat, die republikanische Staatsform zu untergraben.

Was den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik betrifft so wird bestimmt: Bei dem Staatsgerichtshof wird ein Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik errichtet in der Besetzung von 7 Mitgliedern. 3 Mitglieder ernannt das Präsidium des Staatsgerichtshofes aus seinen Mitgliedern, 4 Mitglieder ernannt der Reichspräsident. Die vom Reichspräsidenten ernannten Mitglieder brauchen nicht dem Richterstand anzugehören. Die notwendigen ergänzenden Anordnungen trifft der Reichsminister der Justiz. Der Staatsgerichtshof ist zuständig bei Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform des Reiches oder gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes. Die Anklagebehörde kann die Untersuchung an die Staatsanwaltschaft abgeben. Diese Vorschriften sind auch anzuwenden auf die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung begangenen strafbaren Handlungen.

Ueber die Beschlagnahme verbotener Druckschriften wird ausgeführt: Die Vorschriften des Pressgesetzes von 1874 über die Beschlagnahme von Druckschriften finden auch auf die vorstehend bezeichneten Vergehen mit der Maßnahme Anwendung, daß dagegen eine sofortige Beschwerde zulässig ist und diese Beschwerde aufschiebende Wirkung hat. Wird die Beschlagnahme durch das Gericht bestätigt, so kann die Druckschrift auf 4 Wochen verboten werden.

Die Trauerfeier im Reichstag.

Linkeradikale Lärmereien.

DRS. Berlin, 24. Juni.

Die Trauerkundgebung, die der Reichstag für den ermordeten Minister Dr. Rathenau veranstaltete, gestaltete sich zu einer derartig erregten Sitzung, wie sie das deutsche Parlament wohl kaum jemals erlebt hat. Die Sitzung begann um 3.15 Uhr. Der Sessel Rathenaus war mit Flor umhüllt und auf seinem Plaze lag ein Bouquet mit weißen Rosen. Nach und nach erschien das gesamte Ministerium mit dem Reichskanzler an der Spitze.

Nach der Eröffnung der Sitzung kam es zu stürmischen Szenen, als der Abgeordnete Helfferich seinen Plaz einnahm. Auf der Linken erscholl ein unaufhörlich Rufe: Mörder, Mörder! Kommunisten und USP. drängten nach den Plätzen der Rechten hin und riefen unaufhörlich: Raus mit dem Mörder! Abg. Helfferich blieb ruhig auf seinem Plaze sitzen. Die Abg. Dietrich und v. Graefe (Dn.) stellten sich schützend vor ihn und suchten die andrängenden Abgeordneten von der äußersten Linken abzuwehren.

Präsident Löbe

eröffnete inmitten des Tumultes die Sitzung. Er bemerkte: Meine Herren! Nach der Verfassung steht jedem Abgeordneten das Recht zu — weiter kam er nicht — es brach ein ungeheurer Lärm der USP. und Kommunisten los, und in dem Lärm gingen die Worte des Präsidenten unter. Ich bin verärgert, so hörte man den Präsidenten weiter sagen. Dem Abgeordneten Helfferich wie jedem anderen seine verfassungsmäßigen Rechte zu wahren. Der Tumult dauerte weiter fort. Die auf der Rechten zusammengebrängten Kommunisten und USP.-Abgeordneten führen in ihren Bemühungen fort, den Abgeordneten Helfferich zum Verlassen des Saales zu zwingen. Reichskanzler Dr. Wirth ging in den Saal hinunter und versuchte die Kommunisten und USP. zu beschwichtigen. Fortgesetzt ertönte die Glocke des Präsidenten. Aus den Reihen der USP. und Kommunisten wurde dem Reichskanzler zugerufen: „Sie sind der nächste Herr Wirth! Die Bemühungen des Präsidenten, durch sorgfältiges Schwingen der Glocke Ruhe zu schaffen, blieb noch eine ganze Weile erfolglos. Auch die Worte des Präsidenten gingen in dem Lärm unter. Die Abgeordneten von der äußersten Linken, aus deren Reihen verschiedenes Zurufe: Mörder, Mördergeißel!“ erscholl, blieben auf der Rechten vor dem Plaz Helfferich stehen. Der Reichskanzler, der erfolglos seine Beschwichtigungsversuche einsetzte, begab sich wieder auf seinen Plaz.

Abg. Remmele (Komm.) ruft dem Präsidenten zu: Duden Sie diese Gemeinheit! Fühlen Sie es nicht, Herr Präsident, gerade durch Ihre Feigheit ist es soweit gekommen! Die Kommunisten und USP. schreien fortgesetzt: Wir wollen erst Beweise, was er bei Eraberger und jetzt wieder getan hat (Gemeint ist Helfferich). Präsident Löbe sucht erneut die aufgeregten Abgeordneten zu beschwichtigen, indem er sagte: Ich verstehe Ihre Aufregung. Wenn Sie nicht Ihren Plaz einnehmen, muß ich den Versuch einer Ehrung aufgeben. Endlich begeben sich die Kommunisten und USP. allmählich auf ihre Plätze zurück, nur einzelne von ihnen bleiben auf der rechten Seite des Hauses stehen. Abg. Fröhlich (Komm.) rief laut: Ich frage, ob man eine Feier mit Mördern machen will. Endlich trat so viel Ruhe ein, daß

Präsident Löbe

Worte zum Gedenken des ermordeten Ministers sprechen konnte. Der Präsident ist ersichtlich in großer Erregung, und seine sonst ruhige, klare Stimme schwankt heftig. Am Schluß seiner Rede hat es fast den Anschein, als ob die Gefühle, die ihn bewegen, ihn gänzlich überwältigen wollten. Er sagte:

Deutsche Reichstagsabgeordnete! Was diese Szenen hervorgerufen hat, ist eine Tat von so ungeheurer Grausamkeit und Rohheit, daß sie das Blut in den Adern aufwallen läßt. Heute vormittag ist — es ist Ihnen allen bekannt —, als er in einem Kraftwagen seine Wohnung verließ, Reichsminister Dr. Rathenau von einem anderen Wagen aus durch Schüsse meuchlings ermordet worden. (Lebh. Beifall auf der Linken, Auf: Dürfen Sie, die Mörder!) Der Präsident fuhr fort: Der Mann, der sein Privatleben, seine privaten Meinungen, seine Ansprüche und

seine Ruhe ausgab, um der Deutschen Republik nach bestem Wissen zu dienen, hat nicht aus eigenem Entschluß, nicht aus Ehrgeiz dieses Amt übernommen, sondern nach langem Bitten der Herren, die heute in der Regierung sind. So oft ich Herrn Dr. Rathenau habe sprechen hören, auch in der schärfsten Polemik, ist nie ein unschönes Wort über seine Lippen gekommen. Er erlag der Würde. Ich brauche der Trauer und der Entrüstung, die uns alle bewegt, nicht Ausdruck zu geben, auch nicht der Berechtigung für die Glenden, die das Volk vollbracht haben. Aber, meine Herren! Es steht mehr auf dem Spiele: auf dem Spiele steht das deutsche Volk, das deutsche Land, die deutsche Ehre! Meine Herren! Die Täter haben Schiffsen und Spiegelgläser! (Großer Lärm auf der äußersten Linken und Zurufe, wobei sich besonders der Abg. Remmele hervorhob.) Herr Remmele, glauben Sie, daß Sie die Wirkung meiner Worte durch solche Szenen erhöhen? Ich bin der Überzeugung, die Mörder haben Schiffsen und Spiegelgläser, sie haben eine Organisation von Mördern hinter sich, die sie schützen und die sie für ihre Taten unterhalten. Anders wäre es nicht möglich gewesen, und das Blut des Ermordeten fällt auf mehr als auf die Täter, es fällt auf die, die dazu aufstehen.

Seit zwei Jahren, seitdem ich auf diesen Plaz gerufen wurde, habe ich versucht, dieses Amt unparteiisch zu erfüllen. (Auf Rathenaus Plaz zeigend.) Bei Unparteilichkeit und ohne Haß stünde dieser Stuhl heute nicht leer, die Tat wäre nicht geschehen ohne die grenzenlose und gewissenlose Hege gegen die Männer, die an der Spitze der Regierung stehen. Hier hat eine gewisse Presse gehandelt, bis zum Attentat auf Scheidemann, das nicht gelungen ist und weiter geht bis zum heutigen Tage, wo das Attentat gelungen ist. Es scheint keinen Schutz dagegen zu geben. Die Täter haben Helfer, die sie verschwinden lassen, und immer und immer wieder von neuem schüßen. Einer nach dem andern von uns erstigt der kaltblütigen Mörderhand, neben uns sitzt ein Opfer nach dem andern nieder. Diesmal hat der Mörder einen Mann getroffen, der begabt und geeignet schien, die Wunden wieder anzuknüpfen, die der Krieg gerissen hatte, und der hierbei die ersten Erfolge hatte. Aber die Stunde gibt mir nicht die Ruhe, sein Leben zu überschauen und zu würdigen. Sie haben dem Mann Ihren Dank ausgesprochen, der seine Fähigkeit eingesetzt hat, dem Lande und dem ganzen deutschen Volke zu dienen. Sie haben Ihr Mitleid bezeugt der betagten Mutter, der Patrioten den Sohn vor die Füße legten. Möge das ganze deutsche Volk auch diesen furchtbaren Stoß überwinden.

Als Präsident Löbe geendet hatte, erscholl von der Linken des Hauses der Ruf: Es lebe die Republik, in den die gesamte Linke begeistert einstimmte. Von der äußersten Linken ertönte stürmische Rufe: Rieder mit den Mördern und von der Tribüne des Hauses rief der Kandidatsabg. Meier (USP.) in den Saal: Sie sollen nicht glauben, daß der Mord ungepünkt bleibt.

Hierauf ergriff

Reichskanzler Dr. Wirth

leise beginnend, so daß die ersten Worte unverständlich blieben, das Wort. Er führte aus:

Ich darf etwas in Ihre Erinnerung zurückrufen. Wochen sind vergangen, da versammelten sich in Genua die Vertreter aller Nationen, da rauchten die Reden der Staatsmänner der ehemaligen Feindesstaaten an unserm Ohr vorbei. Da erhob sich unser Freund Herr Dr. Rathenau. Aus seinem Munde kamen Worte, getragen von höchster Humanität, Worte der Verständigung, die ausgingen von den Talsachen der wirtschaftlichen Not der Welt und der Weltverschuldung. Diese Worte rief er in den Saal hinein in seiner edlen vornehmen Weise, so daß die Herzen aus derer, die uns bis dahin anders gegenüberstanden, geöffnet wurden. Man hat seine Worte im Palazzo Reale verstanden, und ein rauschender Beifall aller anwesenden Frauen und Männer dankten dem Worte, der über die Grenzpfähle seiner Nation hinaus der Welt den Weg zur wirtschaftlichen Verständigung und damit zum Frieden mit bewegtem Herzen gewiesen hat. Nun liegt er tot vor uns. Er hat nicht nur für sein Volk, er hat für die Menschensehnsucht. Aber wehe denen, die dieses große Werk der Verständigung der Nationen mit diesem Wort hörten! Sein Werk darf nicht unterbrochen werden, wir müssen dieses Werk, so wie wir es genommen haben, fortführen. Wir haben Dr. Rathenau näher gekannt, wir nannten ihn unseren Freund. Bewußt hat Dr. Rathenau viele Genen gehabt. Ich weiß nicht, woraus die Gegnerschaft geschlossen ist. Er hat früher seine Gedanken in blühender Form niedergeschrieben, aber von dem Augenblick an, wo er öffentlich in den Dienst des deutschen Volkes getreten ist, und in den Dienst der Deutschen Republik: von dem Augenblick an hatte er nicht nur Feinde, er hatte Todfeinde. Das Werk, das er sich vorgesetzt hat, das deutsche Volk unter der Staatsform der Republik wieder hochzubringen, das darf durch diesen Mord und diese Tat nicht unterbrochen werden. Im Gegenteil, alle wahren Republikaner Deutschlands, und die es auf meinen mit dem Vaterland und ihrem Volk, werden aus dieser Tat die größten Kräfte schöpfen und mit denen abrechnen, die unsern Volk den Tod bereiten wollen.

(Stürmischer, sich immer wiederholender Beifall und Handklopfen vom Zentrum bis zu den Kommunisten und auf der Tribüne.) Die Arbeiterschaft hat in den bitteren Tagen, wo das Chaos über uns hereinbrach, keinem, der der alten Staatsform treu geblieben ist, auch nur ein Haar gekrümmt. Kennen Sie (nach rechts) einen politisch interessierten Vertreter bürgerlicher Auffassung, dem auch nur ein Haar gekrümmt wurde? Gegen die Männer, die diesem neuen Staatswesen dienen, wird ein Gift durch Millionenengelber in das Volk hineingetragen. Von Königsberg bis Konstanz bedroht eine Nordhege unser Volk. Unter Aufgebot aller Kräfte kämpfen Sie in großen Versammlungen, daß das, was wir tun, ein Verbrechen am Volke wäre. Da schreit man nach dem Staatsgerichtshof. (Stürmische Zurufe links.) Den toten Freund, den wir konnten und den ich mehr als zwei Jahre kennen zu lernen die Ehre hatte, er hat — ich darf dafür alle meine Kollegen zu Zeugen anrufen — gegen die, die ihn schmählich angegriffen haben, die ihn als Diener der Republik und als Bababreder einer Verständigung der Völker angegriffen haben, nie ein böses Wort gesprochen. Er war eine einfache Seele. Noch gestern mittag hat er den ihm neuerlich angebotenen Schutz unter allen Umständen abgelehnt. Er traute niemand eine solche Unter- und er hat noch in diesen Tagen den Gedanken, daß man ihn nach dem Leben trachten könnte, als unmöglich abgewiesen.

Wenn wir einen Staatsmann und einen Freund verloren haben, wenn das Volk einen großen Sohn verloren hat, so wollen wir aus dieser entmenschten Tat das Eine lernen: Wehrte Herren wie er...

so wie es bisher gegangen ist, geht es nicht mehr! (Stimmlicher anbauender Beifall und langandauerndes Händeklatschen im Saal und auf sämtlichen Tribünen.) Wir werden diese Republik, sobald erst der Druck des Auslandes von uns genommen ist, ausschalten mit sozialer Geste und ich habe im vorigen Jahre in Eibrod den Wahrspruch erhalten lassen: Sorgt dafür, daß im deutschen Lande die Wadmatmosphäre zurückgeht!

Der Abg. Dittmann (USP.) äußerte dann zur Geschäftsordnung aus, er habe hier in diesem Augenblick nicht das Andenken des Ermordeten zu ehren, sondern nur dem Hause und der Öffentlichkeit eine Mitteilung zu machen. Die Zentrale der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat verbürgte Nachrichten, daß der Mord, der heute begangen worden ist, das Signal ist zum Sturz der Deutschen Republik.

In der ersten Nacht, die auf die Ermordung eines Ministers folge, solle die monarchistisch-militaristische Verschwörung ohne weitere Benachrichtigung losgeschlagen. (Rufe: Schreck ist in Berlin. Ein anderer Abgeordneter ruft: Er ist schon wieder abgereist.) Ich halte mich für verpflichtet — so schloß der Abgeordnete —, diese Mitteilung dem Hause zu machen, und hoffe, daß sie auf fruchtbarerem Boden fällt als der Antrag, den ich vor einiger Zeit stellt als dringendsten Gesetzentwurf zum Schutz der Republik zu beraten.

Der sozialdemokratische Abg. Hermann Müller beantragte alsdann, das Haus möge sofort beschließen, daß die Rede des Reichstanzlers im Namen des Deutschen Reich auf Kosten der Republik öffentlich anzuschlagen sei. Abg. Adolf Hoffmann (USP.) beehrte diesen Antrag auf die Rede des Präsidenten aus. Präsident Ebert stellte fest, daß gegen die sofortige Abstimmung über den Antrag sich kein Widerspruch erhebe. Bei der Abstimmung erhoben sich für den Antrag mit Ausnahme der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei sämtliche Parteien.

Kundgebung des Auswärtigen Amtes. 25. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Das Auswärtige Amt sieht sich durch den an seinem Minister verübten Mord sehr und unerwartet des Chefs beraubt, der in den wenigen Monaten seiner Amtsführung sich nicht nur Bewunderung für seine überragende Begabung erworben, sondern auch die Herzen seiner Beamten und Angehörigen gewonnen hat.

Trauerkundgebungen. DRB. Berlin, 25. Juni. Auch im Reichsrat fand heute abend um 6 Uhr eine Trauerkundgebung statt, die Justizminister Dr. Radbruch einleitete. Nach der Rede des Justizministers wurde auf Antrag des Staatssekretärs Böhrer für den Verlauf der Sitzung die Öffentlichkeit aufgehoben. DRB. Berlin, 25. Juni. Der Reichspräsident hat aus Anlaß der Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau an die Mutter das nachstehende Telegramm gerichtet: Die Nachricht, daß Ihr Sohn soeben einem grausamen Anschlag zum Opfer gefallen ist, hat mich tief erschüttert.

Die Erregung im preussischen Landtag. DRB. Berlin, 24. Juni. Im preussischen Landtag wurde die Ermordung Dr. Rathenaus während einer Rede, die der demokratische Abgeordnete Dr. Berndt zum Haushalt des Finanzministeriums hielt, bekannt. Ein Entrüstungssturm der Linken gegen die Rechte brach los. Vizepräsident Dr. Kries verlegte nach Mitteilung dieser Nachricht das Haus auf eine halbe Stunde. Der ungeheure Lärm schwoll immer mehr an und die Mitglieder übten in unbeschreiblicher Erregung im Saale. Der Abgeordnete Meier-Berlan (USP.) begab sich auf die Tribüne und rief in den Saal hinein: „Heute morgen ist Rathenau ermordet worden. Gestern sind Eiserich, von der Lann, Professor Schöffler, von Reichert und von Reichensberger hier anwesend und im „Kaiserhof“ abgestiegen. Da haben wir die Gegenrevolution.“

DRB. Paris, 25. Juni. Ministerpräsident Poincaré ließ durch den stellvertretenden Chef des Pressebureaus dem deutschen Botschafter Dr. Wager das Bedauern der französischen Regierung zur Ermordung Rathenaus ausdrücken. DRB. Berlin, 25. Juni. Auch im Reichsrat fand heute abend um 6 Uhr eine Trauerkundgebung statt, die Justizminister Dr. Radbruch einleitete. Nach der Rede des Justizministers wurde auf Antrag des Staatssekretärs Böhrer für den Verlauf der Sitzung die Öffentlichkeit aufgehoben. DRB. Berlin, 25. Juni. Der Reichspräsident hat aus Anlaß der Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau an die Mutter das nachstehende Telegramm gerichtet: Die Nachricht, daß Ihr Sohn soeben einem grausamen Anschlag zum Opfer gefallen ist, hat mich tief erschüttert. Mit ihm ist einer der besten Kräfte unseres Volkes weggerafft, der Mann, der seine großen Geistesgaben, seine reichen Erfahrungen in schwerer Zeit reiflos in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat. Daß Ihr Sohn, den ich persönlich tief verehrt habe, gerade jetzt inmitten von Verhandlungen, die für uns zu entscheidenden werden, feige hingemordet wurde, ist für das Reich und das gesamte deutsche Volk ein schwerer Schlag. Seien Sie, verehrte gnädige Frau, meiner aufrichtigsten und herzlichsten Teilnahme versichert.

Es sprachen dann die Abgeordneten Heilmann (Soz.), Roboth (USP.), Kay (Komm.), Dr. Hof (Ztr.). Hierauf erteilte der Präsident dem deutschnationalen Abg. Waller das Wort. Auf der Tribüne erhob sich jedoch ein so großer Sturm, daß der Redner verhindert wurde, das Wort zu nehmen und der Präsident erklären mußte, es sei ihm nicht möglich, das Wort zu geben. Auch der Abg. Kalle (USP.) konnte sich erst nach einer Weile mit Aufgebot seiner kühnsten Stimmkräfte Gehör verschaffen. Nach einer Rede des demokratischen Abgeordneten Dr. Preuß verlegte Präsident Reinerz gegen halb 2 Uhr die Sitzung auf Montag.

Aufruf der Demokratischen Partei. Berlin, 25. Juni. (Priv.-Tel.) Die Deutsche Demokratische Partei erläßt folgenden Aufruf:

„Deutsche Demokraten! Wiederum ist durch Mordhand eine Stütze der Republik gefallen. Diesmal ist das Opfer ein Vorkämpfer unserer Ideen, unser Parteifreund, der Reichsminister des Inneren, Dr. Walter Rathenau. Diese schändliche Tat ist nur ein Glied in der Kette zahlreicher Kampftat gegen die mühsame Aufbauarbeit im neuen Deutschen Reich. Wir haben lange gehofft, daß es gelingen werde, alle Schichten unseres Volkes im vaterländischen Gemeinschaftsgefühl um die neue deutsche Verfassung zu scharen. Wir haben deshalb den Geist der Verantwortlichkeit betätigt. Unsere Hoffnung hat getrogen. Die Politik der Verführung ist als Schwäche gedeutet worden. Gewissenlose Parteilagitation und Verheugung durch monarchistische Kreise hat das Verbrechen in Deutschland zur politischen Waffe gemacht — eine Waffe gegen die Verfassung, gegen die Demokratie, gegen die Republik.“

Darum sagen wir den schärfsten Kampf allen Elementen an, die sich anmaßen, ihren auf die Wiederherstellung überlebter Zustände gerichteten Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes aufzuzwingen. Wir fordern die Zusammenfassung aller verfassungstreuen Volksträfte, um die Republik mit allen Mitteln des Gesetzes und der Macht des Staates zu schützen.

Es gilt die Sicherung von Deutschlands Bestand, Ruhe und Zukunft. Es lebe die Republik! Deutsche Demokratische Partei. Petersen. Erkelenz.

Aufruf des Zentrums. Berlin, 25. Juni. (Priv.-Tel.) Der Reichsparteivorstand und Reichsparteiausschuß der deutschen Zentrumspartei erläßt folgenden Aufruf an die Parteifreunde in Stadt und Land:

„Mit Entsetzen und Abscheu hat der Reichsparteivorstand und Reichsparteiausschuß der deutschen Zentrumspartei die Schreckensnachricht von dem politischen Mord, dem der Reichsaussenminister Dr. Rathenau zum Opfer gefallen ist, vernommen. Die politischen Folgen dieser Schandtat im In- und Ausland sind unabsehbar; jedenfalls ist eine ungeheure Schädigung der Lebensinteressen des deutschen Volkes, der moralischen, sozialen und politischen, aufs tiefste zu beklagen. Die Verantwortung für all das trifft zu einem nicht geringen Teil diejenigen Kreise, welche bisher systematisch die Atmosphäre der völkerverachtenden Verheugung gegen Verfassung und Regierung in Presse, Versammlungen und Parlamentsreden geschaffen haben. Angesichts der aus höchster gefährdeten Lage unseres Vaterlandes fordern wir unsere Bekannungsleute in Stadt und Land auf: Gebt überall das Beispiel von Ruhe und Ordnung, um noch größeres Unheil zu verhüten. Tretet zusammen zu Parteiversammlungen und erhebt einmütigen Protest gegen den verruchten Mord und gegen das staatsfeindliche Treiben der dahinter stehenden Kreise. Erachtet es als eure unabwendbare Pflicht, in diesen kritischen Tagen geschlossen hinter unsere Regierung zu treten und ihre Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Staatsordnung nachdrücklich zu unterstützen.“

Eine Erklärung der D. V. P. in Südwestdeutschland. DRB. Heidelberg, 26. Juni. Die Südwestdeutsche Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei, die aus den Wahlkreisen Baden, Pfalz, Württemberg, Hessen und Hessen-Rassau besteht, sagte in ihrer heutigen in Heidelberg tagenden Versammlung folgenden Beschuß:

„Die Deutsche Volkspartei steht auf dem Boden der verfassungsmäßigen Weiterentwicklung unseres Staatswesens auf friedlichem Wege. Sie verurteilt deshalb jede politische Gewalttat und spricht ihre höchste Entrüstung aus über den an Rathenau verübten Mord. Sie legt aber gleichzeitig schärfste Verwarnung ein gegen jeden Versuch, die Tat auszubehüten zu etwaigen Maßnahmen und Rechtsfolgerungen gegen Staatsbürger, die der Politik der derzeitigen Regierung nicht zustimmen können.“

Erklärung des Reichsbürgerrats. DRB. Berlin, 25. Juni. Das geschäftsführende Präsidium des Reichsbürgerrates hat folgende Kundgebung an die angeschlossenen Organisationen ergangen:

Das Verbrechen an Dr. Rathenau ist in dieser Stunde noch nicht aufgeklärt. Die Wirkung ist, auch wenn der Täter und die Motive noch nicht feststehen bei der starken politischen Erregung in der sich das deutsche Volk in diesen Wochen befindet, die eines politischen Verbrechens. Wir verurteilen nicht nur den politischen Mord als solchen, wir sehen in diesem Mord ein Verbrechen am Volke, weil er die allmählich werdende Einheit, um die wir uns seit Jahren bemühen, wieder zerreißt und den Haß und die Feindschaften von Neuem aufwühlt. Wir richten an alle, die sich in erster Linie als deutsche Staatsbürger fühlen, den dringenden Appell, ohne Rücksicht auf Partei, Stand, Beruf und Konfession, dahin zu wirken, daß jeder auf seinem Platz für die Erhaltung des Staates und die Gesundheit des Volkes arbeitet. Wir richten gleichzeitig an die Regierung den dringenden Appell, bei der Ausrottung aller Urheber und der Bekämpfung aller Ursachen solcher Verbrechen sich auf alle deutschen Staatsbürger zu stützen und sich nur von dem Gedanken der Wohlfahrt des ganzen deutschen Volkes leiten zu lassen. Eine deutsche Volk wieder verheerende Partei- und Klassenpolitik ist in dieser Stunde der Verderb des deutschen Staates.“

Die Verfolgung der Mörder. DRB. Berlin, 25. Juni. Aus Regierungskreisen kommt die Nachricht, daß das Auto mit den Mördern Rathenaus die Richtung nach Potsdam eingeschlagen hat. Infolgedessen sind seit 1 Uhr nachmittags alle Zufahrtsstraßen nach Potsdam durch Sipobeamte gesperrt, die alle Autos anhalten und untersuchen.

DRB. Berlin, 25. Juni. Ein Heer von Beamten ist entsandt worden, um besonders die Chauffeure der Umgegend zu befragen, ob sie irgend ein verdächtiges Auto gesehen haben. Nach den übereinstimmenden Befundungen der Zeugen sind die Täter etwa 25 bis 30 Jahre alt und von schlanker Statur.

DRB. Berlin, 25. Juni. Nach neueren Feststellungen wurde Rathenau sterbend nach seiner Wohnung gebracht, wo er alsbald verstarb. Das Auto, aus dem der Mordanschlag verübt wurde, ist angeblich nach der Stadt gefahren. Eine Nummer konnte nicht festgestellt werden. Des weiteren wird bekannt, daß auf den Minister 4 Schüsse aus einer Parabellumpistole abgefeuert wurden; außerdem wurde eine Handgranate ohne Zündhütchen geworfen. Das Auto fuhr etwa tausend Meter hinter dem Wagen des Ministers her. Zwei Personen sahen im Fond des Wagens, der Chauffeur vorn. Die Schüsse sollen von dem größeren der beiden Männer, der links saß, abgegeben worden sein. Beide Personen sind bartlos. Die Täter sind drei jüngere Leute von etwa 25 bis 30 Jahren. Sie trugen Lederanzüge, Ledertappen und Autibrillen. Der Wagen ist ein dunkelgefarbter, vierstelliger Privatwagen.

DRB. Berlin, 25. Juni. Auf die Ergreifung der Mörder Dr. Rathenaus hat die Reichsregierung eine Belohnung von einer Million Mark ausgesetzt. Nach einer Blättermeldung hat das Polizeipräsidium eine Belohnung von 300 000 Mark auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Wichtige Zeugenaussagen. DRB. Berlin, 26. Juni. (Von unj. Berl. Büro.) Ein sehr wichtiger Zeuge ist ein in Potsdam wohnender Zirkusdirektor, der am Samstag nachmittag in der Kolonie Grünwald zu tun hatte und der dabei zwei junge Leute vor einem schwarz-blauen Tourenauto, dessen Motor angefaßt war, in der Nebenstraße der Königsallee beobachtete. Die Feststellung des Autos wird einigermaßen erschwert durch den in Potsdam verübten Raub der Autositten und durch die zahllosen Schleichungen mit Automobilen. Immerhin sind alle Grenzen stark durch verstärkte Überwachung gesichert und alle Schmuggelwege hermetisch verschlossen, so daß die Mörder kaum entkommen dürften.

Die Beisetzung Rathenaus. DRB. Berlin, 26. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Walter Rathenau wird am Dienstag nachmittag, zur gleichen Zeit, wo die demonstrative Arbeitseinstellung der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien beginnt, im Erbegräbnis der Familie in Ober-Schöneweide beigesetzt werden. Die Beize wird heute nach dem Reichstag überführt und dort aufgebahrt werden. An der Beisetzung werden sich Reichsregierung und Reichstag beteiligen. Die Reichswehr bildet Spalier. Die Beerdigung soll auf Beschluß des Reichskabinetts auf Reichskosten erfolgen.

Die gerichtliche Obduktion, die gestern mittag vorgenommen wurde, ergab, daß der Minister von fünf Kugeln getroffen wurde, von denen bereits die erste tödlich gewesen ist. Dieser erste Schuß ging links vom Rücken durch die Brusthöhle und durchschlug den rechten Lungenflügel. Der erste Schuß fiel, als das Automobil der Täter von hinten an den Wagen des Ministers herangekommen war, also aus aller nächster Nähe. Nach dem Gutachten des Sachverständigen ist ohne Zweifel mit einer Maschinenpistole geschossen worden. Die Ansicht der Mordkommission geht dahin, daß die Täter in deutschpölistischen Kreisen zu suchen sind und daß keine der Reichstagsparteien von der Rechten bis zur Linken direkt oder indirekt ihre Hand bei dem ruchlosen Verbrechen im Spiele gehabt habe. Der Verdacht richtet sich auf gewisse Heimorganisationen. Besonders verdächtig ist die Organisation Confus. Nach dem bisherigen Stand der Untersuchung sind urfällige Zusammenhänge zwischen der Ermordung Erzbergers, dem Attentat auf Scheidemann und der Ermordung Rathenaus nicht ausgeschlossen. Zehn Personen, die in Berlin wohnhaft sind und der Organisation Confus angehören, sind vorläufig in Haft genommen worden. Ihr Aufenthalt zur Zeit des Anschlages, wie ihre gesamte Tätigkeit wird augenblicklich nachgeprüft.

Die Nachfolgefrage. DRB. Berlin, 26. Juni. Die Geschäfte des Reichsministers des Auswärtigen werden für die Zeit, in der noch kein Nachfolger bestimmt ist, durch den Staatssekretär von Haniel ausgeübt werden. Das Reichskabinett hatte zur Zeit noch keine Gelegenheit, zu der Frage der Ernennung eines Nachfolgers Stellung zu nehmen. Auch dürfte diese Angelegenheit erst dann zur Sprache kommen, wenn der Reichspräsident wieder in Berlin weilen wird.

Bayern und die Ermordung Dr. Rathenaus. DRB. München, 25. Juni. Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hat aus Anlaß des Anschlages auf den Minister Dr. Rathenau an den Reichskanzler Dr. Wirth nachstehendes Beileidstelegramm gerichtet:

Reichskanzler Dr. Wirth-Berlin. Tieferschüttert durch die Nachricht von der Ermordung des Reichsaussenministers Dr. Rathenau und im Bewußtsein, daß die unfelge Tat bei allen rechtlich Denkenden unseres Volkes die entschiedene Verurteilung findet, spreche ich namens der bayerischen Staatsregierung der Reichsregierung die aufrichtigste und warmste Teilnahme aus. (gez.) Graf Lerchenfeld.

Die Kundgebung im Lustgarten. DRB. Berlin, 26. Juni. (Von unj. Berl. Büro.) Bei der gestrigen Kundgebung im Lustgarten kam es zu Beginn der Ansprachen zu lärmenden Zwischenfällen. Als der Gottesdienst im Dom beendet war und die Glocken das Schlußgebet verkündeten, mußten die Sprecher ihre Reden unterbrechen. Eine Anzahl Teilnehmer brach in Schmährchen aus, andere pflanzten mit Hausgeschloffen. Dann wurde vor dem Dom die Internationale angestimmt. Immerhin war die Kundgebung, da die Sprecher nur 20 Minuten Redezeit hatten, bald beendet. In der Masse sah man neben roten auch schwarz-rot-goldene Fahnen. Auch ein demokratischer Redner sprach.

Große Aussprache im Reichstag.

Die Rede des Kanzlers.

„Der Feind steht rechts.“

Berlin, 20. Juni.

(Von unserem Berliner Büro.)

Die sonntägliche Sonder Sitzung, zu der der Reichstag gestern zur Mittagsstunde sich einfand, während die Demonstranten im Lustgarten mit aufgerollten Bannern heimwärts zogen, sollte die gestern verkündete Ausnahmeverordnung der Reichsregierung zum Gegenstand haben; aber die Debatte ist über das engere verfassungsrechtliche und juristische Thema weit hinausgewachsen. Sie gestaltete sich im Fluge der Stunden zu einer gründlichen Auseinandersetzung der Parteien untereinander u. der Regierung mit den Parteien. Viel Volks hatte die Beschaulichkeit des Sonntags drangegeben, um dem bedeutungsvollen Akt beiwohnen zu können und die Tribünenbesucher sind diesmal auf ihre Kosten gekommen. Es fehlte in diesem politischen Schaustück, welches gestern über die Parlamentsbühne zog, nicht an dramatischen Momenten, und auf den Zuschaueremporen ächzten sich Beifall und Widerspruch lauter, als nach unserem Dafürhalten nützlich und notwendig gewesen wäre; aber Herr Löbe, der schon so manchen Sturm erlebt und gemeistert hat, ließ gestern zuweilen die feste Hand vermissen.

Von Herrn Wels, der die S. P. D. auf den internationalen Kongressen zu vertreten pflegt, und sich gestern als erster in die Arena hinab begab, läßt sich nur sagen, daß ungefähr alles, was er in etwas grober Stillsitz und selbstverständlich mit schärfer Pointierung gegen die Deutschnationalen vorbrachte, bereits im „Borwats“ nachgelesen werden konnte. Die Sozialdemokraten sind ja immer froh, wenn sie einmal ihre Stimme im linksradikalen Chorus vernommen lassen können und sie geraten bei solchen Gelegenheiten aus Uebereifer, es den Genossen zur Linken gleich zu tun, in eine gar zu schrille Tonlage. Wären die bürgerlichen Parteien diesem schlechten Beispiel gefolgt, so hätte es bald ein Drunker und Drüber im Saale gegeben. So aber gelang es schon Herrn Marx vom Zentrum, mit weiser Umsicht die aufgeregten Bogen der Leidenschaft in ein ruhigeres Bett zu leiten. Mit milder Ueberlegenheit torrionierte er als Mann von Takt die juristischen Oberflächlichkeiten, die Herrn Wels bei dem Fall Tüchsen unterlaufen waren. Für Herrn Hergt mag es ein bänglicher Moment gewesen sein, als er, die Zielreihe unzähliger Blide, zur Koftra hinantritt, von haßerfüllten Zurufen umbrandet und drohende Flüsse gegen sich erheben. Was er, derweil die Sozialdemokraten ostentativ den Saal verlassen, zur Rechtfertigung seiner Partei bruchstückweise — denn der Värm verschlang das meiste — kundgab, beschränkte sich auf das Allerweltswendigste und gipfelte in einer Ablehnung der Ausnahmebestimmungen, die zwischen deutschpöhlischen und anderen Staatsbürgern einen Trennungstrieb zögen.

Hatte der Kanzler wirklich von den Deutschnationalen, deren bestgehörter Herr Helfferich auch gestern hinter der Szene blieb, erwartet, daß sie auf offenem Forum zu Kreuze kriechen und so etwas wie „Pater peccavi“ sagen würden? Herr Dr. Wirth bedauerte, daß kein Geständnis dieser Art seinen Weg aus der Mitte der deutschnationalen Partei gefunden habe. Der Kanzler sprach mit bisweilen fast ungezügelterm Temperament. Er ließ sich ganz von der Stimmung hinführen und fühlte sich wohl in diesen Augenblicken nicht o sehr höchster Regierungsbeamter als vielmehr Volksredner, der die Gefühle der Menge hinter sich weiß. Der erste rein polemische Teil seiner Rede, eine scheinend scharfe Anlage gegen die Deutschnationalen und deren Presse war, im Grunde eine, wenn auch bedeutend geschicktere Fortführung der Rede des Herrn Wels und, da späterhin, wie von vornherein anzunehmen war, auch nach Herr Crispian von den Unabhängigen und Herr Köhnen diesen Faden fortspannen, so hätte sich der Kanzler besser vielleicht bei diesem Thema Beschränkung auferlegen sollen.

Stark und zündend aber wirkte der Rede zweiter Teil, der groß angelegt war, der wirklich einmal Formate hatte. Zunächst holte Herr Dr. Wirth nach, was er gestern versäumt, und ließ des Staatsmannes Rathenau Bild in ergreifenden Umriß vor uns erstehen, die den Verlust des bedeutenden Mannes besonders schmerzhaft nahelegten, und während er diese Erinnerungen in die Herzen der Zuhörer senkt, ruft er zusehend über das Kleinliche und Parteiliche hinaus. Mit gerechter Hand wies er auf die düsteren gewitterschwülen Wolken hin, die uns jeden Sonnenstrahl entzieht, die überhaupt erst in Deutschland jene dumpfe Atmosphäre hat aufkommen lassen, in der die Giftpflanzen politischer Mordgedanken entstehen und gedeihen können: Das Verhängnis des Versailles Vertrages. Das war eine Kundgebung, tapfer und freimütig, eine Ergänzung gewissermaßen der letzten Darlegungen des ermordeten Ministers Rathenau in diesem Hause. Wie eine Ankündigung des Todes selbst schauerte es durch den Saal. So konnte, wer Ohren hat zu hören — und wir hoffen, die ausländischen Berichterstatter werden die ihren aufgetan haben — aus dieser Debatte, wie kaum je so stark vorher, den gequälten Schrei einer seelischen Not vernehmen, die schier unerträglich geworden ist und sich in Wahnsinnstoten entladet wie die, welche wir erleben mit Entsetzen erlebten. Aber um deswillen sollte auch den Mahnungen, die der volksparteiische Abg. Dr. Heinke, allen Unterbrechungen von Links zum Trotz, klug und eindringlich darzulegen verstand, die notwendige Beachtung geschenkt werden, nämlich, Sorge zu tragen, daß die neuen Ausnahmebestimmungen sich nicht etwa zu einem Antisozialisten-Gesetz entwickeln. Herr Radbruch, der Justizminister, der in einem fast unbegreiflichen Optimismus eine Gefahr von Links garnicht sieht, oder leben will, scheint mit vollen Segeln in dieser Windrichtung dahinsteuern zu wollen. Das wäre die beste Methode, die innere Herrlichkeit, welche durch unser Volk geht, zu verewigen, und Herr Peterßen von dem Demokraten, der im Namen der eigentlich Leidtragenden dem Menschen Rathenau noch einen warmen Nachruf widmet, defilliert dies als wertvolles Ergebnis der Aussprache: Die Notwendigkeit energischer Regierungsmahnahmen gegen den politischen Terror gutzuheißen. Es wird Aufgabe der Zukunft sein, zu verhindern, daß diese Mahnahmen nicht einseitig angewandt werden.

Heraus aus der Mordatmosphäre!

D.R.S. Berlin, 20. Juni.

Die Sitzung wurde durch den Präsidenten Löbe mit einer kurzen Erklärung über die gestrigen Vorgänge eröffnet. Der Präsident teilte mit, daß der Abgeordnete von Schoch nicht geschlagen, sondern lediglich hin- und hergezerrt worden sei und daß auch im übrigen die Vorgänge in einem Teil der Presse stark übertrieben worden seien.

Als erster Redner erhebt

Abg. Wels (Soz.)

Das Wort. Der Abg. Wels gehört mit seiner rauhen, harten Stimme zu den Rednern seiner Partei, die man immer vor sich, wenn es sich weniger um diplomatische, vorsichtig zu behandelnde Fragen handelt, sondern dann, wenn fernige, scharfe Worte am Platze sind; so gab er denn auch heute der in der deutschen Arbeitererschaft herrschenden Empörung und leidenschaftlichen Erregung entsprechenden Ausdruck. Er bezeichnete die meisten Redner der christlichen Gewerkschaften als eine offene Gefahr für die Zukunft des Staatswesens und rief diesen Bronzetauren zu, daß dieser Jude, den sie gefüllt hätten, ein so guter Deutscher war, wie je einer in Deutschland geboren wurde, daß dieser Jude ein wahrer Christ gewesen sei. Er schilberte dann die Atmosphäre, die durch diese systematische Verhetzung geschaffen worden sei und forderte rücksichtsloses Vorgehen der Regierung gegen die Geheimorganisationen, rücksichtslose Verbote aller Reagenzienfester und Appelle, überhaupt rücksichtsloses Zurechtbringen der Regierung, die dem deutschen Volke dafür halbar sei. Seine Partei lehnte die Schwereitigkeiten des reaktionären Beamtenheeres. Aber über der Republik nicht dienen wollen, solle auch darauf verzichten, von ihr Gehalt zu beziehen. Im Zusammenhang mit diesen Forderungen zum Schutze der Republik verlangte er eine politische Amnestie, soweit nicht gemeine Verbrechen in Frage kommen. Die schwarz-weiße Fahne sei durch die Kreise, die den Mord an Erzberger und nun an Dr. Rathenau begangen hätten, derart geschändet, daß sie zur Würdevollheit geworden sei. Der Abgeordnete gab dann einen kurzen, sehr interessanten Auszug aus einem Berichte, der ihm vor einigen Tagen in die Hände gekommen sei. Am 3. Mai hätte der Bruder des als eines der Mörder Erzbergers festgenommenen Oberleutnants a. D. Hoffmann in München, Franz Josephstraße, bei Dr. Schuster wohnhaft, vorgeführt, wo sich offenbar die Leitung der Organisation C befindet. Hoffmann habe erklärt, das beste Mittel zur Förderung der Monarchie sei die Befähigung hervorragender, linksgerichteter Führer. Nachdem Erzberger erledigt sei, käme vielleicht Walter Rathenau und auch Scheidemann in Betracht. Am 27. Mai habe der Reuegewordene, nachdem er gefragt worden sei, ob er Kasse und Scheidemann kenne, den Auftrag erhalten, hier in Berlin einen ihm dem Namen nach unbekannt gebliebenen Herrn nach Kassel zu begleiten und ihn dort über die örtlichen Verhältnisse zu unterrichten. Es bestche für ihn kein Zweifel, daß das der Mörder war, der dazu bestimmt wurde, Scheidemann zu beseitigen, dem aber die Tat nicht gelang, die dann der deutschnationalen Presse Gelegenheit zu Hohn und Spott über Scheidemann gab. In die Arbeitererschaft richtete Abg. Wels den Rohnruf, die Arbeiter sollten sich nicht provozieren lassen und die Hoffnungen der Reaktion auf Kussche zurückgehen lassen. Die Rede löste auf der gesamten Linken des Hauses lebhaften Beifall und Handklopfen aus.

Für das Zentrum sprach

Abg. Marx

Auch er geißelte die ungeheuerliche Tat, die nicht nur im deutschen Volke in seiner Gesamtheit, sondern auch in weiten Kreisen des Auslandes eine außerordentliche Erschütterung hervorgerufen habe. Er wies dann darauf hin, daß wir in einer Ära der politischen Wende lebten, die sich in den letzten Jahren erschreckend mehrien. Besonders belastend sei, daß die Mörder Leute von Bildung seien. Es handle sich bei diesem Falle um mehr als die Person Rathenaus, nämlich um den Bestand des deutschen Volkes. Bei ihren Mahnungen zum Schutze der Republik stände — so versicherte der Redner — die Zentrumspartei geschlossen hinter der Regierung. Die Sonnenwendweibern beziehe der Redner als unchristlich. Rationale Phrasen seien nicht nationale Gesinnung, sondern Taten müßten an ihre Stelle treten. Schwere Strafen seien auszusprechen gegen diejenigen, welche die Reichspresse beschimpfen. Das Zentrum stehe treu zur Verfassung und sehe jeden als Verbrecher an, der an die Staatsform gewaltam die Hand anlege. Das Zentrum verlange heute von den Parteien ein klares Bekenntnis für oder gegen die Republik. Das Zentrum sei stolz darauf, seit dem Bestehen der Republik nie aus der Regierung ausgetreten zu sein. Der Redner fragte die Deutsche Volkspartei, ob es nötig war, sich gestern bei der Abstimmung über den Antrag Müller von den Koalitionsparteien zu trennen. An der Rede des Abg. Helfferich habe die französische Regierung die größte Freude gehabt. Diese Rede habe im Rheinland den allergrößten Schaden angerichtet, und es sei geradezu unverantwortlich, daß solche Reden in diesem Saale gehalten würden.

Als dann der Deutschnationaler

Abg. Hergt

das Wort erhielt, verließen die Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei ihre Plätze und stellten sich an der Rückwand des Saales auf. Der Abg. Ledebaur (U.S.P.) rief ihnen erregt zu: Nicht hinausgehen! Wir müssen den Angeklagten hören, um ihm zu antworten! Abg. Hergt verlas dann, fortwährend durch lauernde Hundgebungen unterbrochen, eine Erklärung seiner Fraktion, die jedoch zum größten Teil unverständlich blieb, da die Rufe der Sozialisten, wie: Entder Heuchler! Mörderbande! usw. die Worte des Redners überstimmten. So viel zu verstehen war, betraf die Erklärung, daß die Deutschnationalen Volkspartei den Mord an Dr. Rathenau auf das schärfste verurteilt und rücksichtsloses Vorgehen gegen die Mörder verlangt. Die Verurteilung des Reichspräsidenten lehnt die Partei ab, weil sie ungerecht sei und sich einseitig gegen die politisch rechts gerichteten Kreise wende.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch

gab dann zu der Verordnung des Reichspräsidenten die Erklärung ab, daß irgendwelcher Anlaß zu Befürchtungen linksradikaler Ausschreitungen nicht vorliege. Weiter teilte er mit, daß im Zusammenhang mit dem demnächst dem Reichstag zugehenden Gesetzentwurf zum Schutze der deutschen Republik eine Amnestie für politische Verbrechen erlassen werden solle, die durch Amnestien der Länder ihre Ergänzung finden würden. Der unabhängige Abgeordnete Crispian ging dann zunächst auf die Rede des Abg. Hergt ein, dem das Reichsgericht deutsch auf der Stirn geschrieben stehe. Es sei eigentümlich, daß die Deutschnationalen plötzlich mit Ausnahmebestimmungen nicht einverstanden seien, da sie stets solche gegen Links gebilligt hätten. Die Behauptung, daß die Deutschnationalen Partei eine Mitschuld am Mord nicht treffe, bezeichnete der Redner als Spiegelfechtel. Einige Be-

denken habe seine Partei gegen die Staatsgerichtshof. Der Redner verlangte Reinigung der Regierung, der Reichswache und der Schutzpolizei von Gegnern der republikanischen Staatsform. Wenn die Regierung jetzt wieder vorange, dann zwinge sie die Arbeiter zur Notwehr.

Reichskanzler Dr. Wirth

ergriff hierauf das Wort. Er behauptete, daß es ihm gestern nicht möglich gewesen sei, die Verdienste Dr. Rathenaus für das deutsche Volk, den deutschen Staat und die deutsche Republik eingehend zu würdigen. Eins aber wolle er heute noch sagen: Wenn Sie in Deutschland auf einen Mann, auf seine glänzenden Ideen und auf seine Worte hätten blicken können in einer Frage, die besonders im Interesse unseres Volkes liegt, dann war es die Arbeit Dr. Rathenaus bezüglich der großen Schicksalsfrage, der Allseinschutz am Krieg. Hier ist eine große Entzündung sich unterbrochen worden. Die Herren, welche die Verantwortung dafür tragen, können das niemals mehr am deutschen Volke wieder gut machen. Der Rede des Abg. Hergt sei er mit einiger Enttäuschung gefolgt. Er habe erwartet, daß heute nicht nur eine Beurteilung des Mordes an sich erfolgen, sondern daß diese Gelegenheit benutzt werden würde, einen Strich zu ziehen gegen diejenigen, die sich leidenschaftlich der Befundung unseres Volkes widersetzen. Er habe erwartet, daß von dieser Seite aus ein Wörtchen fallen würde, um einmal auch in den eigenen Reihen zu einer gewissen Ordnung zu rufen, die an der Entwicklung diese Mordatmosphäre in Deutschland zweifellos persönliche Schuld hätten. Wie weit wir in Deutschland gekommen sind — fuhr der Reichskanzler fort —, will ich Ihnen einmal an einem Beispiel zeigen. Ich verstehe, daß man an der Politik der Regierung, an unserem Verhalten Kritik üben kann. Ich verstehe auch den politischen Kampf und den Aufruf zum Terror. Es sollte aber wenigstens Gemeingut des ganzen Landes sein, daß die Richtung der deutschen Politik die Rettung der deutschen Nation ist. Da schreibt nun ein Kollege in seinem Blatte: Die jetzige Regierung sei in Wirklichkeit nur eine vom Deutschen Reichstag bezahlte, aber von der Entente angestellte Regierung, die alle Forderungen und Vorschriften der Entente zu erfüllen habe, sonst werde sie auf die Straße gesetzt und sei brotlos.

Kann man sich — sagte der Reichskanzler — eine schlimmere Entwürdigung von Menschen denken, die wie seit Jahresfrist an dieser Stelle leben? Steigt Ihnen (nach rechts) nicht die Schamröte ins Gesicht? Hier ist die Situation doch so: Es liegt nicht nur eine redaktionelle Verantwortung vor, sondern der Artikel, der die schmachvollsten Beleidigungen enthält, ist ausdrücklich geschrieben von Reinhold Wulle, Mitglied des Reichstags. Der Kollege Wulle (zurück: Kollege?) kommt zu dem Schluß: Sollte die Arbeitererschaft auch zu der Ueberzeugung kommen, daß das ganze System zum Teufel gejagt werden muß, weil wir in Berlin eine deutsche Regierung, aber keine Entente-Kommission brauchen? Durch dieses Treiben werden und eine Verwilderung der Sitten ist eingetreten. Ich erinnere nur an die arme Frau Erzberger. Wenn Sie die Briefe an diese Frau gesehen hätten! Frau Erzberger lehnt es ab, damit an die Öffentlichkeit zu kommen. Wenn Sie aber gelesen hätten, wie eine Frau, die den Mann verloren hat, deren Sohn im Kriege gefallen ist, deren eine Tochter sich dem religiösen Dienste gewidmet hat, genarrt worden ist mit Briefen, die ihr mitteilten, daß man das Grab ihres Mannes beschmücken will (große Umrede links und im Zentrum und härmliche Pfäutze). Wunders Sie sich dann, wenn dann nach solchen Erzeugnissen Ihrer Presse Briefe an mich kommen, wie gestern ein Brief, der datiert ist: „Am Tage der Hinrichtung Dr. Rathenaus“. Auch der letzte Punkt politischer Vernunft ist hier erloschen. Ich will nur noch den Schlußsatz dieses Briefes verlesen, mit dem ich mich sonst nicht beschäftigen will: „Mit Güte habt Ihr Männer des Erfüllungsmahnmahns nicht hören wollen auf die Klagen derer, die von der Fortsetzung der Wahnsinnspolitik abraten, so nehme das harte Verhängnis seinen Lauf, auf daß das Vaterland gelide.“

Wir alle müssen daran arbeiten, diese Atmosphäre zu entgiften, und wie kann sie entgiftet werden? Sie können mir gewiß zurufen: Diese Frage wäre zuerst an die Alliierten zu stellen. Ich war Zeuge einer bedeutungsvollen Unterhaltung unseres ermordeten Freundes in Genoa mit dem mächtigsten aller Staatsmänner. Einen bedeutenden Anwalt des Volkes als Dr. Rathenau in diesem kleinen intimen Gespräch hätten Sie in ganz Deutschland nicht finden können. Ich war Teilnehmer und Zeuge eines Gespräches mit Lloyd George, in dem er mit der größten Frische und Lebendigkeit diesem sagte: Unter dem System, das die Alliierten befolgen, kann das deutsche Volk überhaupt nicht leben. Niemals habe ich einen Mann in so energiegeladener unterirdischer Arbeit gesehen wie ihn. Aber, was sind seine Motive in der Rechtspresse? Ich lese in diesem Briefe, daß alle die Verträge von ihm abgeschlossen worden sind deswegen, damit er und seine Judenpflicht sich bereicherten. Ich war auch Zeuge des Aufmarsches der großen Demonstration im Lustgarten. Da war Ordnung! Da war Ruhe! Da war Disziplin! Tausende Sie (nach rechts) sich nicht! Unter dieser Disziplin und Ordnung ruht ein Vulkan, der, wenn er losbricht, Ihnen ein Beispiel geben kann. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und anhaltendes Handklopfen im Hause und auf den Tribünen begleitete diese Worte des Reichskanzlers.) Gemüß können wir die Frage des Wiederaufbaues aus eigener Kraft ohne die Einsicht der alliierten Staatsmänner nicht durchzuführen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die alliierten Regierungen im Laufe eines Jahres der demokratischen deutschen Regierung fast nichts gegeben haben als Demütigungen. Die Entscheidung über Oberschlesien war eine wirkliche Enttäuschung für das deutsche Volk und die größte Enttäuschung auch für den national gesinnten Arbeiter.

Die Entwicklung in Oberschlesien war das himmelschreiendste Unrecht, das dem deutschen Volke angetan wurde. In Genoa fragte mich Lloyd George: „Der Reichskanzler, was denken Sie vom Völkerverbund?“ Ich habe geantwortet: „Ich bin ein Freund des deutschen Volkes und würde den Tag begründen, um allem, was Völkerverbund trägt, den Frieden zu sichern. Aber, habe ich weiter gesagt: Will man der Idee des Völkerverbundes dienen, so muß man noch der Entwicklung über Oberschlesien von diesem Völkerverbund schweigen. Ich erinnere weiter an das heute noch nicht entschiedene Schicksal der fünf Reichsfeindböden, an die Leiden der Verdächtigten an der Saar, an die großen und kleinen Schmerzen unter denen das Rheinland zu leiden hat.“

Wir haben keinen Zweifel: Es ist für ein Sechzig-Millionen-Volk auf die Dauer unmöglich, unter der Herrschaft von Kommissaren, und wenn die Herren es noch so gut meinen, ein demokratisches Deutschland überhaupt lebensfähig zu erhalten. Da wunder es mich nicht mehr, daß diese Erkenntnis den General Ludendorff veranlaßt hat, in einer englischen Zeitschrift einen Artikel zu schreiben und für Deutschland die Diktatur zu empfehlen. Dieser Artikel ist eines deutschen Generals unwürdig. Wenn so ein großer Mann, den Sie als einen Gott verehren, dieses Ziel in England proklamiert zu einer Zeit, wo die Erpänger eingeschmolzen sind, dann zeigt dieser Träger des kalten Systems, daß Sie für die politische Atmosphäre nichts mehr in Ihren Fingerringen fassen. Das vielgeschämte Wort der Erfüllungspolitik ist noch außen fabriziert, wenn wir nicht noch innen zu einer festgefü-

einheitlichen Auffassung unserer Politik

kommen. Dr. Rathenau hat am Abend vor seinem Tode mit Hermann der Deutschen Volkspartei und seiner Fraktion bis in ihr nachts mit Diplomaten zusammen zugebracht, nicht etwa, wie man da und dort lesen konnte, um sich zu ergöhen. In diesem Gespräch mit Industriellen auch mit einem hervorragenden Mitgliede der Deutschen Volkspartei, hat sich gezeigt, daß man das Programm der Reparationen, auch wenn verschiedene Auffassungen über die Form laubenden sein müßten, doch mit den verhandlungen Parteien verhandeln kann. Das, was inzwischen in der Welt geschehen ist, was die englische Wank und im Dezember erklärt hat, was uns das Anleihenkomitee durch seine Entscheidung gegeben hat, ist eine Wank, auf der alle, die in Deutschland guten Willens sind, die auswärtige

Politik und die großen Fragen der Kontributionen — um dieses Wort zu gebrauchen — fürderlich behandeln können. Wir wären froh, wenn wir dieses Zentrum nicht in unsere Hand nehmen würden. Die Politik, die wir erstreben, läßt auf eine grundsätzliche Lösung des ganzen Reparationsproblems auf wirtschaftlicher Basis hinaus, und keinen Augenblick haben wir bei dieser unserer Politik die Geduld verloren. Geduld und vor allem Geduld ist notwendig, und wer diese Geduld nicht aufbringt, der hat sich aus der politischen Arbeit, aus der Rettungsarbeit für unser Vaterland ausgegliedert. Wir nationalpolitischen Rundgebungen lösen Sie (nach rechts) keine Probleme. Wir müssen die Kräfte des Wortes, des Wortes und der Verheerung zerstören. Es, wo dieses Gift in das Volk gebracht wird, da steht der Feind! Wir wissen, wo er sich befindet! Dieser Feind heißt recht!

Zwischenzeitlich, sich immer wiederholender Beifall und Handklopfen von den Kommunisten bis zum Zentrum und auf allen Tribünen folgte den Worten des Reichstagslers.

Abgordneter Dr. Heinze (D.V.P.):

In der scharfen Beurteilung der Tat sind wir mit der Auffassung des Reichstagslers und der Ausführungen der andern Redner durchaus einig. Wir sind entsetzt, daß Deutschland aus dieser Atmosphäre nicht herauskommt. Was den ermordeten Minister angeht, so gibt es wohl keinen Streit über die außerordentliche Bedeutung seiner Persönlichkeit. In unseren Kreisen sind wir uns einig, daß sich Dr. Rathenau durch seine stützende Größe, seine Weltanschauung und die Hingebung, mit der er sich bemüht hat, das Wohl Deutschlands zu fördern, in höchstem Maße ausgezeichnet hat. Mit welchem Erfolge ist er nicht in Genua tätig gewesen! Ich erinnere nur an seine Rede über den Frieden. So ist zweifellos eine Persönlichkeit von uns geschieden, die für ihr Vaterland noch außerordentlich viel geleistet hätte. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.) Wir haben mit vollem Herzen an der geistigen Trauerfeier teilgenommen und haben nur bedauert, daß diese Kundgebung durch Szenen gestört worden ist, von denen sich der Reichstagsler am allerersten abgewandt hätte. Es ist selbstverständlich, daß unter dem Druck einer derartigen Tat der Ruf ertönt, daß Abhilfe geschaffen müsse. Wir stimmen aus vollem Herzen in diesen Ruf ein. (Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.) Wir wollen alles tun, was möglich ist, Abhilfliches zu verhindern.

Deshalb fordern wir von der Regierung, daß sie die Strafgesetze mit aller Schärfe anwendet und daß sie gegen alle geheimen staatsfeindlichen Organisationen einschreift.

Mit vollem Nachdruck verlangen wir aber auch, daß schnell gehandelt werden. Wir erkennen an, daß in solchen Ausnahmefällen mit den gewöhnlichen Gesetzen im Augenblick nicht durchzukommen ist. Deshalb billigen wir die Ausnahmeergänzung auf Grund des § 48 der Reichsverfassung. Die gewöhnlichen Gesetze gelten für normale Zeiten. In Zeiten des Ausnahmezustandes bedarf es außerordentlicher Maßnahmen. Das ist vollkommen gerechtfertigt. (Zustimmung bei der DVP.) Wir unterscheiden uns dabei von andern Parteien nur darin, daß wir solche Ausnahmebestimmungen schon immer gefordert haben. (Beifall links und rechts auf der äußersten Linken.) Eine weltanschauliche Politik muß darauf hinausgehen, die Atmosphäre zu ändern, aus der solche Taten entstehen. Der Reichstagsler hat mit Recht hervorgehoben, daß durch den unerhörten Friedensvertrag von Versailles, durch die ungeheuerliche Entscheidung über Oberschlesien, durch die mannigfachen Demütigungen durch die Entente, durch das Präßen der Ententekommissionen in Deutschland (selbst die Zustimmung) der Grund für diese Stimmung gelegt worden ist. (Beifall rechts, Zurufe auf der äußersten Linken.) Das ist der Grund alles Übels. Das heißt die Feuer wird abgeblüht, wenn diese Vollen von uns genommen werden. (Zurufe links.) Die Atmosphäre ist aber auch durch die Vermischung zahlreicher Erbkinder geschaffen worden und zahlreicher Familien, die nicht wissen, wie sie leben sollen. Wir brauchen, um zur Ruhe zu kommen, zunächst die innere Ruhe. Wir müssen dazu kommen, daß sich die Parteien nicht mehr gegenseitig die Schuld an diesen Zuständen anrechnen. (Zustimmung bei der DVP.) Diese Verheerung der Parteien verdirbt die Atmosphäre. Wir müssen die Verheerung endlich abbiegen, wir müssen, und das hat mein Parteifreund Dr. Reder schon betont, alle Kräfte in Deutschland zu politischer Arbeit zusammenfassen. Ich glaube, daß auch die Rede des Reichstagslers eine ähnliche Bedeutung entfaltet. Wir dürfen wertvolle Kräfte, die sich am Wiederaufbau beteiligen wollen, nicht abseits stehen lassen. Der geistigen Abwärtung über den Antrag, die Reden des Kanzlers und des Reichstagspräsidenten anzuschlagen, haben wir uns mit voller Ablicht enthalten. Man muß sich über solche Reden immer erst besprechen. (Zurufe links: Ausreden.) Sie hätten sich mit uns in Verbindung setzen sollen. Man weiß ja nicht, ob solche Reden auf alle Kreise des Volkes beruhigend wirken. Wenn wir zum Zusammenschluß kommen sollen, müssen wir überhaupt die Heberzeugungen der verschiedenen Kreise des Volkes achten lernen. Das gilt für die äußerste Linke wie auch für die äußerste Rechte. Ich achte durchaus die Heberzeugung der Leute, die von vornherein die schwersten Bedenken gegen unsere alte Verfassung gehabt haben. Ich verstehe es auch, wie jemand nach dem Zusammenbruch im November 1918 zu der Heberzeugung kommen konnte, daß man zu andern Zuständen übergeben mußte. Aber wir verlangen auch, daß man unsere Heberzeugung achtet und die gegenwärtigen Zustände nicht als ein Mittelglied betrachtet. Es ist aber keine Abwärtung vor unserer Heberzeugung, wenn hier die alte Fahne schwarz-weiß-rot als Wärderschahne bezeichnet wird. (Beifall links.) Nur wenn Sie unsere Heberzeugung achten, können

Sie das Gleiche von uns verlangen. Es ist selbstverständlich, daß jeder, der zur Mitarbeit bereit ist, die Verfassung anerkennen muß. Es ist selbstverständlich, daß wir den gegenwärtigen Rechtszustand anerkennen und daß wir jede Gewalt gegen Verfassung und Gesetz unter allen Umständen ablehnen.

Wir verlangen von der Regierung, daß sie gegen solche Verheerung mit allen Mitteln vorgeht, und unter allen Umständen stehen wir dabei hinter dem geltenden Recht und Gesetz. Wir verlangen, daß sie angewandt werden. Wir billigen auch die herausfordernde Art, mit der Ansichten vorgetragen werden, die jedenfalls für absehbare Zeit nicht auf Erfüllung rechnen können. Ich möchte mich gerade an diejenigen wenden, die die Wiederkehr der alten Zustände anstreben. Wenn Sie (zur Deutschnationalen Volkspartei) die Monarchie für Deutschland wieder haben wollen, so können Sie diesen Hoffnungen nicht mehr schaden, als wenn Sie während Ihrer Ansichten in solcher Weise vertreten. Man sollte dem Volke auch nicht Hoffnungen machen, wenn man weiß, daß sie sich doch nicht erfüllen können. Von dieser Art rücken wir auf das allerbestmögliche ab. Wir wenden uns auch gegen Beleidigungen und Beschimpfungen der Männer der Regierung. Wir achten sie als Staatsmänner. Die Monarchie (zur Deutschnationalen Volkspartei) kann nicht wiederkommen als Paradiese, sondern als Sache des ganzen Volkes. (Sehr richtig!) Wir haben jetzt dringlichere Fragen zu erledigen, als die Staatsform, die in der Verfassung festgelegt ist.

Wir lehnen jede Gewalttätigkeit gegen die Verfassung ab. Ueberhaupt sollte die in Weimar beschlossene Verfassung auf absehbare Zeit nicht geändert werden, und ich wundere mich, daß gerade von der linken Seite so häufig Anträge auf Abänderung der Verfassung gestellt werden. Wir haben gegen die meisten Verfassungsänderungsanträge aus guten Gründen gestimmt. Wir müssen zu einer Zusammenfassung aller wirkenden Kräfte in Deutschland kommen. Die Verheerung der Parteien muß aufgehört werden. Wir warnen dringend, die Verheerung, die jetzt besteht, zu einem großen Feuer anzulassen. Jetzt haben wir die Pflicht, zur Ruhe zu kommen. (Beifall links und rechts.) Deshalb hätte ich auch die Aufforderung zum Generalfreitag für gefährlich, denn er steigert die Verheerung der Parteien und schädigt außerdem unsere Volkswirtschaft. Ich habe nichts gegen Freitags für verdorbene Männer, das ist durchaus natürlich. Aber im übrigen braucht die Regierung jetzt Ruhe, damit sie arbeiten kann. Die Verordnung des Reichspräsidenten nehmen wir zur Kenntnis, wir werden keine Bemängelung vorbringen; wir erwarten aber, daß sie nach rechts und links gleichermäßen in Anwendung gebracht wird. (Zuruf: Rörder kommen nur von rechts.) Damit der Grundtag zur Durchführung gelangt: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Deshalb verlangen wir, daß die Verordnung in einem Sinne angewandt wird, der das Endeziel nicht gefährdet. Es dürfen nicht diejenigen Kreise der Bevölkerung, die zur Mitarbeit gewillt sind, verbittert und in die Opposition gedrängt werden. Daraus halte ich die Bestimmung, daß alle Versammlungen wegen des Friedensvertrages und alle Regimentsfeiern verboten werden können, nicht für ungeschicklich. (Zurufe links.) Es wird davon abhängen, wie die Landesbehörden sie anwenden. (Hört! Hört! links.) Wer die Verhältnisse kennt, weiß doch, daß zahlreiche unbedeutliche Regimentsfeiern gehalten werden. Als wir feierlich in der Verfassungskommission daran arbeiteten, dem Reichspräsidenten auch in geistlicher Weise einen erhöhten Schutz zu gewähren, war es gerade die extreme Demokratie, die dem entgegenarbeitete. (Hört! Hört! rechts.) Sollte die Verordnung allmählich in das Gebiet des ordentlichen Rechts übergeführt werden, so müßten wir uns eine Prüfung in einzelnen vorbehalten. Aber als Ausnahme akzeptieren wir die Verordnung. Sie darf aber nicht rücksichtslos angewandt werden, damit nicht die willigen Kreise in die Opposition gedrängt werden, wodurch die Atmosphäre geschaffen wird, aus der Taten entstehen, wie wir sie jetzt beklagen müssen. In der Frage der Schuldfrage hängt noch zum großen Teil unsere Zukunft. Wenn Versammlungen, die sich damit beschäftigen (Zurufe links: Wenn! Wenn!), nicht ausgebeutet werden, dann fordern wir die Regierung auf, ihnen gegenüber Maß und Ziel walten zu lassen. Wir hoffen, daß bei der Auswahl der vier Richter für den Staatsgerichtshof nicht Rücksicht genommen wird auf die Parteifarben. Wir müssen die Gewähr haben, daß dieser Staatsgerichtshof kein Parteigericht ist, sondern nur der Gerechtigkeit zu dienen sucht. Ich warne auch davor, Maßnahmen auszubauen zu antisozialistischen Gesetzen und zu Antiführerampfen; wir haben von solchen Maßnahmen genug. (Zurufe links.) Ich warne, aus dem ungeschicklichen Unglück unseres Landes weitere Parteikämpfe entstehen zu lassen; denn dadurch würde nur erreicht, was der Verstorbenen immer bekämpft hat: die Vernichtung aller produktiven Kräfte, und so würde durch seinen Tod schließlich sein Lebenswert zerrüttet. (Beifall und Handklopfen bei der DVP.)

Der Führer der Demokraten,

Dr. Peterßen,

bezeichnet die demokratische Republik als das einzige Mittel zum Wiederaufbau Deutschlands und zur Wiederherstellung des Friedens in der ganzen Welt. Die Öffnung auf das nationale Verantwortungsgefühl der Parteien der Rechten hätte bitter enttäuscht. Kamens der Bayerischen Volkspartei gab

Hg. Werthenberger

eine Erklärung ab, in der betont wird, daß seine Partei auf dem Boden der Reichsverfassung stehe und jede gewaltsame Aenderung der Staatsform, von welcher Seite sie auch kommen

möge, ablehne. Deshalb billige sie auch die Maßnahmen der Reichsregierung, zumal die Einwirkung der Einzelstaaten gesichert sei. Eine ähnliche Erklärung gab der Reichs-Parlamentarier L. Metz ab. Der Kommunist K. D. K. hielt dann noch eine sehr lange Rede, in der er die Verordnungen als viel zu schlapp bezeichnete. Der Reichspräsident Dr. Rathenau erklärte, daß der Reichspräsident mit der Veränderung der Verordnung einverstanden sei, daß alle Mitglieder des Staatsgerichtshofes vom Reichspräsidenten ernannt werden — ohne die Voraussetzung richterlicher Befugnisse.

Damit schloß die Aussprache. Um 5 1/2 Uhr vertagte sich das Haus auf Montag 12 Uhr.

Die Presse zu den Verordnungen.

DAB, Berlin, 25. Juni. Die Presse geht eingehend auf die Verordnungen der Reichsregierung ein. Besonders hervorzuheben ist eine Zeitschrift des „Volks-Anz.“, die der ungeschicklichen Lage durchaus Rechnung trägt. Der „Volks-Anz.“ schreibt: Gleichwohl, wie man sonst zu der Verordnung sehen mag, die Notwendigkeit ungewöhnlicher gesetzlicher Maßnahmen kann der verantwortlichen Staatsregierung nach dem gelassenen Verbrechen unmöglich abgesprochen werden. Man mag auch zugeben, daß die ungeschicklich in Kraft gesetzten Ausnahmebestimmungen gewisse Fehler zu vermeiden suchen, die man im Vorjahre begangen hat. So ist nicht wieder ein Sonderauschuß des Reichspräsidenten, sondern ein eigener Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik beim Reichsgericht gebildet worden, der als Prüfungsinstanz auf Grund der neuen Ausnahmeverordnung tätig sein soll.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Deutsche Zeitung“ bemühen sich, in rein sachlicher Kritik auf die Ausnahmeverordnung der Regierung einzugehen. Allerdings hat es tiefe Erregung verursacht, daß die geistige Rundgebung im Reichstag durch die äußerste Linke in unwürdiger Weise gestört worden ist. Besonders die aufreizenden Zwischenrufe der äußersten Linken, die sich gegen den Abg. Dr. Heffner richteten, haben selbst bis in die mehrheitspolitischen demokratischen und unabhängigen Kreise hinein großes Verärgern hervorgerufen. — Der „Vormärts“ hält nicht mit seinem Bedauern zurück, daß es zu so unwürdigen Szenen kommen konnte.

Der Eindruck in München.

DAB, München, 25. Juni. Trotz der Segnerschaft, die in sehr weiten Kreisen Münchens gegen die Politik und die Person Dr. Rathenaus bestand, wird die feige Mordtat allgemein und absolut verurteilt. Man hört vielfach die Meinung, daß der Mord von gewissen ausländischen Kreisen veranlaßt worden sei, um das deutsche Volk zum Bürgerkrieg aufzufupfeln und dadurch einen Vorwand zum Eingreifen in innerdeutsche Verhältnisse zu bekommen.

Vor einem Lokal, das als Versammlungsort deutschnationaler Kreise bekannt ist, fand heute nachmittags eine Demonstration statt. Die Demonstranten, zum größten Teil junge Leute, wurden jedoch durch die Polizei rasch zerstreut. Auch vor der Redaktion des „Deutsch-völkischen Beobachters“, des bekannten Münchener Antisemitenblattes, das gerade in den letzten Tagen die Politik Dr. Rathenaus und ihn persönlich auf das schärfste angegriffen hat, kam es zu einer Demonstration, die jedoch von der Polizei ebenfalls rasch zerstreut wurde, so daß es zu keinerlei Ausschreitungen kam.

Viele tausend Schritte

macht du täglich. Jeder Schritt bedeutet Kraftverlust, erschüttert auf hartem Lederabnutzen das Nervensystem und bringt verzögertes Erwachen. Die Continental-Absätze aus bestem Gummischwarz legen ein federndes Kissen zwischen Absatz u. Straße, schonen die Nerven, lassen keine Müdigkeit aufkommen. Sie sind billiger und haltbarer als Leder. Millosem im Gebrauch.

Continental
Absätze und Sohlen

Zu haben bei jedem Schuhmacher.

So gut wie Continental-Reifen!

8 57

National-Theater Mannheim.

Abschiedsabend Core Busch.

Als Jennifer in Shows Komödie „Der Arzt am Scheidewege“, in einer ihrer jüngsten und besten Rollen, verabschiedete sich Samstag Core Busch vom Mannheimer Publikum, das sie zu seinen erlittenen Leistungen zählt und ihr den Abschied von Mannheim nicht leicht machte. Das Haus vor wieder einmal so richtig voll; nicht einfach angefüllt mit Menschen, sondern von ruhiger, festlicher Stimmung erfüllt, die sich zum Schluß zu einer ehrenben, dank- und zuneigungserfüllten Kundgebung für die scheidende Künstlerin steigerte. Weit länger als eine Viertelstunde währten Beifall, Zurufe und Blumenregen, und selbst, als der eiserne Vorhang schon gefallen war, wurde Core Busch immer noch gerufen und mußte sich, auf dem Souffleurkasten stehend, in der kleinen Türe des „Eisernen“ zeigen.

Core Busch hat dem Mannheimer Nationaltheater volle neun Jahre angehört. In dieser Zeit vollzog sich in den Anforderungen, die Drama und Regie an die darstellende Kunstschaffenden stellen, manche Wandlung. Das Rollenfach mancher Darsteller erweiterte sich mit der jähren Entwiklung des expressiv-sittlichen Dramenstils in einer Weise, die den Schauspielsteller entweder in ungeahnter Maße zur physiologischen Mitarbeit heranzog oder in eine Maschine verwandelte. Core Busch ist nicht abseits von dieser Bewegung stehen geblieben. Das Mannheimer Nationaltheater gehörte zwar nicht zu jenen Bühnen, die von allem Neuen haben mußten; es ist an der pathologischen Theaterbewegung aber infolged nicht unweiblich beteiligt, als es sich der unzuverlässigsten modernen Talente annahm, Hosenleeders, Kellers, Böcklers.

Core Busch hat dem Drama der Jüngsten gegenüber stets eine wohlwollende leicht überlegene Haltung eingenommen, und das war die Ursache, daß ihr Spiel in den modernen Rollen nicht allzu viele Chancen aufwies. Das war aber auch die einzige Möglichkeit, sich für das „richtige Theater“ in Auffassung und Darstellungsweise gesunde Spannung und warmes Empfinden zu bewahren. Als Walscha in La Fontaines „Bedenklichen Leichnam“, als Bertha in den „Kameraden“, als Iris in „Des Cefes Schatten“, Herlinde in Götzs „Mausfang“, Jennifer (ihre Abschiedsrolle) wird uns Core Busch in ihrer bewundernswürdigen Kunst und lebenswahren Sicherheit unerschütterlich bleiben. Daß ihre Nachfolgerin sie nicht ganz wird erleben können, macht uns den Abschied noch einmal so schwer. Core Busch geht nach Wien, ans Deutsche Volkstheater. Dieser Schritt bedeutet in heutiger Zeit ein großes Ereignis; künstlerisch voranag er immer noch aufwärts zu führen. Sollte die Fremde und ein wesentlich anders geartetes Publi-

kum sie in der ersten Zeit mit Seelenangst bedrohen, so wird sich Core Busch desto inniger des herzlichen Gedächtnisses der Mannheimer freuen.

Das Käthchen von Heilbronn.

Seit zehn Jahren hat man in Mannheim Kleists „Käthchen von Heilbronn“ nicht gesehen. Gestern nun wurde, bei den Klängen einer hochfeierlichen Musik, eine Beilage eckumiert. Oder wurde das Stück erst gestern gemordet? Denn ist es eines qualvollen Todes gestorben. Aber das kommt dabei heraus, wenn rund hundert Jahre lang an einer Dichtung herum experimentiert und herumgeprügelt wird. Dann bedarf es nur noch einer indianischen Begräbnismusik wie der Wildenjungen, und das Unabwendige wird Ereignis. „Ach nach diesem Jammer nicht mehr leben“, sagt der Graf vom Strahl im zehnten Bild. Sie haben Recht, mein hochverehrter Herr, aber es war schon nach dem zweiten Bild zum Danonlaufen. Doch es nützte nichts, wir mußten nahezu 4 Stunden ausbarren, und Sie haben auch mitgeholfen, daß es so spät wurde. Zunächst aber an die richtige Adresse! Heinz B. Knigt war der Versuch mit Kleists schwächster dramatischer Dichtung nicht geglückt. Die stilistische Unklarheit, an der verschiedene Inszenierungen folgte, trat diesmal oft petulisch in Erscheinung. Weber als Märchenschauspieler, wozu das Käthchen im Laufe der Jahre hergerichtet wurde, noch als Ritterchampspiel, wie es der Dichter sich gedacht hat, ist die „Fensterprobe“ gestern gegeben worden. Der Bergisch hat die Kaiserliche, wenn ihn auch große Geister befürwortet haben, tut sowohl der Märchenstimmung, als auch dem ritterlichen Charakter schwer Abbruch. Aber wir wollen schließlich nicht mit Kritizitäten rechnen, die gestrichen worden waren. Es bleiben der Einwürde noch genug übrig. So, wenn wir auf die Frage Antwort geben sollen, ob Märchenstimmung gründer Wirkungen zur Unterfertigung bedarf, die überlebenswider beim Verbotlichen eine Anleihe verlangen. Wenn wir uns rechtzeitig erinnern, daß Kleists Schauspiel eine romantische Dichtung ist und der Dichter nichts weniger als ein Hanswurst war, dann wird man diese Frage (schon) verneinen. Der Abgang vom Stein (Robert Garrion) und Eginhardt von der Wart (Fritz Vinn) sind in der uns gestern zugemuteten Auffassung entschieden abgesehen. Insofern technischer Anstandsmäßigkeiten blieb der Schlußbrand-Szene jede ernste Wirkung verlag. Die Einrichtung des Fensgerichts genoh des zweifelhaften Vorfalls, daß man im ersten Vorfeld eine Zeitlang überhaupt nichts sah. Im Tempo hatte man sich durchweg vergriffen.

Zu den Einzelspielern! Rudolf Wittgen war ein sehr geistiger Graf vom Strahl und schien von den geistigen Qualitäten seines Urbildes keine allzu hohe Meinung zu haben. Vielleicht war er ein Märchentäter. Somit wäre er wenigstens Stützräger ge-

wesen. Role Weber spielte das Käthchen sehr kindlich. In ihrer opernwichtigen und selbstlosen Hingebung war sie von exzessiver Innigkeit. Das Märchenhafte ihrer Gestalt und Sendung blieb bei in erster Linie Trägerin der mystischen Züge der Dichtung sein sollte, uns leider schuldig. Der Szene unter dem Holunderbaum, die nicht nur poetisch sein soll, mangelte daher der unerlässliche Kontrag vom romantischen Geist des Wertes. Hans Godes, als Waffenschmied, schuf sich seinen eigenen Stil. Er war der einzig brauchbare und ging auf das unbedirrtroffene Ritterchampspiel großen klassischen Stils zurück, auf den „Wöh“. Nicht weit davon stand Alexander Ksteris Gottschalk. Mit Lisa Schollis Kunigunde sei als freundlicher Aushilfe nicht ins Geräch geangon. Märchenhaft und romantische Dichterschwestern leben frohlich anders aus. Es sieht vielleicht alles mekentlich anders aus, aber überm „Käthchen“ waltet einmal ein Unstern. Die ursprüngliche Form der Dichtung ist uns nicht bekannt, und schon der ersten Bühnenfassung war kein nennenswerter Erfolg beschieden. Ueber den geistigen stürmischen Beifall konnte man sich also billigerweise nur wundern.

Das Geheimnis von Meyerling.

Von Zeit zu Zeit bildet der rätselhafte Tod des österreichischen Erzherzogs und Kronprinzen Rudolf auch heute noch, nach nicht als dreizehnjährig Jahren, den Gesprächsstoff weiterer Kreise. So war dann in der Regel eine neue Darstellung des Unglücks, eine neue Legende, veröffentlicht worden und durch alle Zeitungen gegangen. Die neuen Vermutungen und einander oft trotz widersprechenden Anhaltungen haben indes die Anteilnahme und selbst die Neugierde längst abgemupft.

Kan aber wird eine Darstellung — nicht ohne weiteres bekannt — sein, nur zugänglich, die Marie Gräfin Kleinmichel in ihren Lebenserinnerungen („Wider aus einer verfallenen Welt“, Berlin, Anpuls Schönl) gibt und die ohne Zweifel als die erste und einzig richtige anzusehen ist. Es finden sich keine Widersprüche, ja nicht einmal dunkle Stellen darin, und die Verfasserin nützt sich auf die Beantwortung einer Reihe von Verfassungen, die den wahren Sachverhalt unbedingt kennen mußten. Fürst Robnow, der russische Botschafter und die Glieder dieser Botschaft, die alle in der Wiener Gesellschaft zu Hause waren, Prinz Heinrich VII. von Ruß, Graf Nigra, ein intimer Freund der Gräfin, der dem Fürsten Lobanow in ihrer Gegenwart den Todesbericht vorlas, die er ihn an den König von Italien abschickte. Die beiden Botschafter und Freunde verließen ihre Berichte, die ganz gleichlautend waren. Gräfin Kleinmichel beauftragt sich des weiteren auf die Richtigkeit des Fürsten Karl von Hohenhausen, eines Freundes des Kronprinzen, des Fürsten des Reiches, Grafen Rinteln, und seines Sekretärs Rechenthal.

Städtische Nachrichten.

Massnahmen der Fleischer-Janung gegen die Fleischteuerung.

Gestern vormittag fand im Schlachthofrestaurant unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Klein eine Inauguralversammlung der Fleischer-Janung Mannheim statt, zu der auch Vertreter der Landinnung, der Ludwigshafener und Heidelberger Fleischer-Janung erschienen waren. Neben verschiedenen Schlachthofangelegenheiten, die zur Sprache gebracht wurden, beschäftigte sich die Versammlung vor allem mit den fast täglich sprunghaft steigenden Preisen für Schweine, die bereits heute einen Stand erreicht haben, daß sie für einen weiten Teil der Bevölkerung Luxus geworden sind. Herr Kurz betonte einleitend, daß es höchste Zeit sei, dem Steigen der Schweinepreise Einhalt zu gebieten, da zu befürchten sei, daß bereits am Montag das Pfund Lebendgewicht mit 60 M. bezahlt werden müsse. Einen solchen Preis können jedoch die Metzger der Deffentlichkeit gegenüber nicht mehr verantworten, da es Pflicht des Metzgerstandes sei, das Publikum mit Fleisch zu angemessenen Preisen zu versorgen. Das Grundübel sei darin zu suchen — und hierin stimmten ihm die meisten Redner bei — daß besonders nach dem Krieg in Baden die Händler wie Pilze aus dem Boden geschossen seien. In manchen Gemeinden seien heute bereits über 8 Viehhändler, so daß es ja nicht anders möglich sein könne, als daß ein Händler dem anderen im Fall die Läre in die Hand gibt, einer den anderen überbietet, da jeder Geschäfte machen will, und dadurch die Preise ins Ungeheure steigen. Gegen dieses Händlerwesen müsse von Seiten der Metzger und Verbraucher auf das schärfste vorgegangen werden, ohne daß damit dem wirklich realen Handel geschadet werden soll. Auch sind Rindvieh auf dem Viehmarkt im Schlachthof eingereicht, die unbedingt befreit werden müssen. So wird bereits am Montag des Marktes von den Kleinhändlern Vieh an die Großhändler verhandelt. Ein Viehhändler bot z. B. eine Schweine zu 46 M. das Pfund Lebendgewicht aus und erhielt schon am Montag von einem anderen Händler 48 M. geboten. Das sei Preissteigerung, wenn Vieh vor dem Markt zu solchen Preisen schon von Hand zu Hand gehe. In Ludwigshafen wurde von der dortigen Janung in einer Versammlung erwogen, unter diesen Umständen die Schweinefleischungen ganz einzustellen, da von den Verbrauchern die Schuld an den hohen Preisen stets den Metzger zugeworfen werde. Das Metzgergewerbe habe keine Verantwortung, an hohen Preisen festzuhalten, die die Verbraucher nur ablehnen. Man erwäge auch, nur noch sovielle Schweine zu schlachten, als für den Wirkungskreis nötig sind. Der Preis könne nur auf einer annehmbaren Höhe gehalten werden, wenn das Publikum für ein solches Vorgehen Verständnis zeige und zum Kauf des Schweinefleisches abstehe. Auf andere Weise könne dem immerfort steigenden Preise für Schweinefleisch nicht Einhalt geboten werden. Auf dem demnächst stattfindenden Fleischerverbandstag in Baden-Baden soll angeregt werden, in gleicher Weise in ganz Deutschland vorzugehen.

Schlachthofdirektor Frits wies nachdrücklich darauf hin, daß die Direktion seit Jahren bestrebt sei, den Verkauf vor dem eigentlichen Marktag zu unterbinden. Auch die zuständigen Polizeibehörden seien davon orientiert. In den meisten Fällen könne den beteiligten Händlern jedoch nicht nachgewiesen werden, da das Vieh meistens nicht auf dem Viehhof, sondern in Kassees oder telefonisch von den Kleinhändlern weiterverhandelt werde. In vielen Fällen gäbe der Großhandel auch an, er habe das Vieh nur in Kommission übernommen. Alle Fälle, die der Direktion gemeldet werden, würden sofort an die Polizei weitergegeben. Die Schlachthofdirektion sehe ebenfalls den Hauptgrund für die Fleischteuerung in der Unmenge der Handelskongregationen, die erstellt worden sind. Jeder Schuster oder Schneider auf dem Lande, der einen Finger verloren habe, oder angehe, Rheumatisches oder dergleichen zu haben, so daß er seinem Beruf nicht mehr nachgehen könne, habe die Viehandelsverläufe erhalten auf Grund einer Verfügung der Regierung. Ein weiterer Mißstand sei es ferner, daß diese Konzessionen nur bezirksweise erteilt würden, so daß die Händler sich unermesslich vergrößert wurde. Durch das neue Gesetz vom 24. 4. über den Vieh- und Viehwirtschaft werde voraussichtlich unter den Händlern Markt geschaffen werden. Auch sollen Handelsverläufe nur noch für Landeskommissariate erteilt werden. Ein weiterer Mangel seien die Viehmarktberichte, die in den landwirtschaftlichen Blättern regelmäßig veröffentlicht werden, da die Handelspreise stets gemittelt seien, ihrerseits von den Händlern den Marktpreis zu erhalten. Auch dadurch werden die Preise unangelegentlich in die Höhe getrieben. Vergessen werde dabei von den Bauern, daß diese Preise Großhandelspreise sind, in die alle Unkosten und steuerliche Lasten eingerechnet sind. Dieser Preis schließt sich ein folgendermaßen zusammen: Wenn ein Händler im Hinterland ein Schwein im Gewicht von 200 Pfund zu 40 Mark das Pfund für 8000 M. kauft, läßt er dazu noch 100 M. für Umfahrtskosten, 15 M. für Mägen und ein kräftiges Zeugnis, 25 M. Rastergeld, ein Gewichtverlust in Höhe von 20 Pfund zu 800

Mark, die Frucht zu 180 M. Dadurch kommt dann ein Preis für das Schwein von 9180 M. zu stande.

Am Verlaufe der sehr erregten Aussprache wurde angeregt, den Händlern zu verbieten, vor Montag den Viehmarkt zu betreten. Auch sollte der Verkaufspreis für Schweinefleisch so niedriger festgesetzt werden, daß kein Metzger mehr etwas dabei verdienen und somit schon von selbst die Schlachtungen einstelle. Auch der Vorschlag wurde gemacht, ab 3. Juli den Schweinekauf ganz einzustellen, wenn die Preise nicht auf eine annehmbare Höhe gesenkt werden könnten. Vor allem müsse auch gegen die billigen Fleischangebote vorgegangen werden, da hier den Verbrauchern nur minderwertiges Fleisch angeboten werde, das selbst zu den augenscheinlich niedrigeren Preisen im Verhältnis zu seinem Nährwert noch zu teuer sei. Bemerkenswert wurde ferner, daß von den Landwirten, um einen möglichst hohen Preis für ihr Vieh zu erhalten, das Vieh vor dem Verkauf überfüttert werde. Für den Händler entstünden dadurch große Gewichtsverluste, die stets auf die Verbraucher abgewälzt werden müßten. Herr Kurz machte den Vorschlag, auf dem Viehmarkt keine Schweine mehr anders als nach Schlachtgewicht zu kaufen, da der Handel nach Lebendgewicht unzureichend sei und zu Preissteigerungen führen müsse. Als Vertreter der Schweinehändler wies Herr Semmler darauf hin, daß von der Fleischkommission einzig der Verkauf von größeren Mengen Schlachtwiech in Baden für Reparationszwecke schuld sei. Bei der Berechnung der Schweine durch den Handel müsse man auch das große Risiko in Betracht ziehen, das gerade beim Schweinehandel bestehe. Händler, die im Verkauf unzureichend seien, sollten eben von den Fleischern gemieden werden. Auch müsse man sich vor Augen halten, daß der gegenwärtige Viehstand Deutschlands um ein Drittel niedriger sei als im Jahre 1913. In der Aussprache wurden verschiedene Entwürfe gestellt, die darauf hinausgingen, den Verbrauch auf 1/2 des normalen Bedarfs einzuschränken und von Händlern, die am Montag des Marktes von anderen Händlern gekauft haben, nicht mehr zu kaufen. Diese Schweine sollten beschlagnahmt und auf der Freibank verkauft werden.

Nachdem noch von Händlerseite ausdrücklich betont worden war, daß sie kein Vieh auf Schlachtgewicht abgeben würden, da sie selbst gezeugen seien, zu Lebendgewicht zu kaufen, wurde einstimmig ein Antrag zum Beschluß erhoben, am heutigen Montag noch zu Lebendgewicht zu kaufen, dagegen vom nächsten Montag ab nur noch zu Schlachtgewicht. Der Beschluß soll streng zur Durchführung gebracht werden. Um dadurch die Metzger der Vororte nicht zu schädigen, sollen die Kosten des Transportes des geschlachteten Viehes von der Janung übernommen werden. Auch die Vertreter der Landinnung, der Janungen Heidelberg und der Janung Ludwigshafen schlossen sich diesem Vorgehen an und gaben die Versicherung ab, daß sie in ihren Janungen dahin wirken werden, sich dem Vorgehen sofort anzuschließen.

Schadensersatz bei Verlust oder Beschädigung von Postpaketen.

Wegen zeitgemäßer Heraussetzung der Höchstgrenze, bis zu welcher die Post bei Verlust oder Beschädigung von Postpaketen den Schaden zu ersetzen hat, wurde die Handelskammer Heidelberg mit nachstehender Eingabe an das Reichspostministerium:

Nach § 9 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reiches vom 20. Oktober 1871 hatte die Postverwaltung im Falle des Verlustes oder der Beschädigung von gewöhnlichen Paketen den wirklich erlittenen Schaden, jedoch niemals mehr als einen Taler (= 3 Mark) für jedes Pfund der Sendung zu ersetzen. Durch Gesetz vom 6. Mai 1920 wurde dieser Betrag auf 10 Mark erhöht. Bei dem heutigen Wert unseres Geldes kommt dies nahezu einer Abhebung jeder Postpflicht gleich. Zur Rechtsetzung dieses Zustandes auf die Möglichkeit der Verletzung als Wertpaket — auch hier werden nur höchstens 500 Mark ersetzt — oder auf die Möglichkeit der Privatversicherung zu verweisen, erscheint uns nicht angängig. Abgesehen von den entsetzlichen Unkosten sind die Verpackungsvorschriften so schwierig zu erfüllen, daß unmöglich damit gerechnet werden kann, daß der Verkehr allgemein dazu übergeht, sich auf diese Weise zu versichern. Die Verhütung des derzeitigen Entschädigungsbereiches erscheint uns als ungedenklicher, als die Post selbst ihre Paketförderungsgebühren um nahezu das 20fache erhöht hat. Dazu kommt, daß bei einer derartig geringen Entschädigungspflicht der materielle Mangel, durch strenge Unternehmung jedes einzelnen wertvollen Gegenstandes von Postanstalten zu verhindern, verringert wird. Wir bitten hiernach dringend, unverzüglich dem Reichstage eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, durch deren Annahme die Grenze, bis zu welcher bei Verlust gewöhnlicher Pakete der Schaden ersetzt werden muß, entsprechend erhöht wird.

* Hofmann. Anlässlich der Ermordung des deutschen Reichsaußenministers Dr. Walther Rathenau haben sämtliche öffentlichen Gebäude heute halbtags geschlossen.

§ Das neue badiische Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 45) enthält die Gesetze über die Änderung des badiischen Ausführungsgesetzes vom 6. Oktober 1921 zum Wohnungsabgabengesetz und über die Kredithilfe an einzelne Gemeinden zur Abdeckung ihrer Reichsschulden.

§ Ausflücht für deutsche Auswanderer in Brasilien. Vom Verband berufstätiger Frauen wird uns geschrieben: Die Bedingungen für Einwanderer in Brasilien scheinen auf den ersten Blick günstige zu sein. Man muß aber sehr warnen! Die Gesetze scheinen allerdings überaus entgegenkommend. Aber der Tatsachenbestand ergibt ein anderes Bild. Es ist zwar gleich nach dem Krieg eine Anzahl Familien gelungen, sich anzusiedeln. Seither ist aber die Zahl der Einwanderer viel zu sehr gesunken, als daß die Mittel, die die brasilianische Regierung zur Unterstützung bewilligt hat, ausreichen. Da die Scholle in der ersten Zeit nichts ergibt, haben die Einwanderer so vollkommen mittellos da. Sie werden sich gezwungen, ihre Schmuckstücke, ihre Kleider, ihr letztes Hab und Gut zu veräußern, um nur das nackte Leben zu fristen. Dazu hängt ihr Schicksal gänzlich ab von der Willkür von Beamten, die im allerhöchsten Maße faul sind. Sie unterdrücken — nach der „Sozial-Zeitung“ — Beschwerden und Gesuche kurzerhand, sind in hohem Grade bestechlich und machen sich, wie vielfach bestätigt, Rechte über Frauen u. Töchter der Einwanderer an. Diese sind ihnen gegenüber fast machtlos. Ueberhaupt werden vorerst gar keine Kolonien mehr vermessen. Die viel verbreitete Annahme, daß deutsche Einwanderer, die sich zur Arbeit auf einer Kaffeepflanzung verpflichtet haben, dadurch nach Ablauf des Vertrages Anspruch auf Ueberlassung eines eigenen Kolonielotes erhalten, ist irrtümlich. Statt freie Leute auf eigenem Grund und Boden, werden sie bettelarme, in furchtbarem Elend lebende, abhängige Lohnarbeiter auf Kaffeepflanzungen.

— Immer noch keine Brieftelegramme. Der Reichspostminister hat auf die Anfrage einer Handelskammer wegen Wiedereröffnung der Brieftelegramme den Reichstag gegeben, daß i. H. die Einrichtungen der Brieftelegramme darauf beruhe, die verkehrsreichen Abende- und Nachstunden wirklich auszufüllen und die ohnehin im Dienst befindlichen Arbeitskräfte sowie die Betriebsmittel auszunutzen. Da diese unerlässlichen Bedingungen während und nach dem Kriege nicht mehr gegeben wären, mußte der Brieftelegrammverkehr eingestellt werden. Eingehende Ermittlungen wegen der Wiederaufnahme hatten ergeben, daß Arbeitskräfte und Betriebsmittel durch den gewöhnlichen Verkehr voll in Anspruch genommen sind. Die Wiedereröffnung der Brieftelegramme müsse daher noch hinausgeschoben werden.

§ Die Annahmefrist für die Gewalttätigkeitsgesetze ist durch Bekanntmachung des Wiederaufbauministeriums vom 6. Juni 1922 Zentralblatt für das Deutsche Reich, Seite 345, bis zum 31. Dezember 1922 verlängert worden.

§ Für die Verendung telegraphischer Postaufweisungen des inneren deutschen Verkehrs tritt vom 1. Juli ab infolgedessen eine Erleichterung ein, als der Reistbetrag, über den nur eine einzige Postaufweisung ausgefertigt zu werden braucht, von 3000 M. auf 10 000 M. erhöht wird. In der Gebührenberechnung tritt keine Änderung ein.

§ Theaternachricht. In der am Mittwoch, den 28. Juni im Rationalthater zur Aufführung gelangenden Operette „Der kühne Bauer“ spielt Alfred Landberg die Titelrolle.

Aus dem Lande.

§ Heidelberg, 24. Juni. Die Mitglieder des vom Bürgerausschuss zu wählenden gemischten beschließenden Ausschusses wurden hier auf Grund einer gemeinsamen Vorschlagsliste der Fraktionen zusammengestellt, sobald eine Wahl nötig ist. — Im Oktober soll in Heidelberg ein Bach-Regen-Fest veranstaltet werden. Die Vorbereitungen dazu werden von der Stadtverwaltung getroffen. Es sind ein Orgelkonzert, ein Sontenabend, ein Kammerkonzert, ein Regenvortrag, Frauenchöre und Kinder, ferner ein Chor- und Orchesterkonzert vorgesehen. Als Tage wurden 25.—29. Oktober in Aussicht genommen. Kamhafte Sonten sind bereits verpflichtet. — Der Milchpreis wurde hier auf 9 M. erhöht. — Vom Neuen Archiv der Stadt Heidelberg ist aus Anlaß des 70. Geburtstages von Landgerichtsrat Dr. Maximilian Hufschmid, den wir bereits erwähnten, eine Hufschmid-Sondernummer herausgegeben worden. — Die Stadt will dem Personal des Stadttheaters mit Rücksicht auf die Teuerung eine einmalige Beihilfe von 100 000 M. gewähren. Die Angelegenheit wird demnächst den Bürgerausschuss beschäftigen.

§ Weinheim, 25. Juni. Das 40-jährige Jubiläum der freiwilligen Feuerwehre wurde mit einem Festbankett im „Schwarzen Adler“ eingeleitet, wobei der Kommandant der Wehre, Feuerlöschinspektor Karl Wild, einen Rückblick auf die Geschichte der Wehre gab und das Gelingen ablegte, daß die Wehre unter ihren Idealen die Treue bewahren werde. Oberamtmann Dr. Pflüger sprach namens der Stadtregierung der Wehre seine Glückwünsche aus, Bürgermeister Hugel übertrug eine Anzahl Feuerwehrentele die von der Stadtgemeinde gestiftete Diplome und Ehrenzeichen für 20- und 25-jährige Dienstzeit und stellte zugleich mit, daß binnen kurzem zwei neue Gerätschaften für die freiwillige Feuerwehre Weinheim eintreffen werden, nämlich eine mechanische Schiebelleiter und eine Motorspritze, in deren Kosten die Landesfeuerwehrgesellschaft, die Stadtgemeinde und die heimische Industrie sich teilen. Die beiden Geräte konnten am Jubiläumstage noch nicht eintreffen, weil sich die Herstellung durch den Metallarbeiterstreik verzögert hat. Seitens des Präsidenten des Landesfeuerwehverbundes, Kommandant Heberle-Heidelberg, ging ein Glückwunschschreiben ein. Heute schloß sich demnächst eine Hauptprobe der Feuerwehre am Bahnhause unter Leitung der Sanitätskolonne an. Durch den festlich geschmückten Ort bewegte sich ein Festzug, an dem zahlreiche Feuerwehren des Kreises Weinheim teilnahmen, zum Festplatz, wo Bürgermeister Hugel eine mit Beifall aufgenommenen Rede hielt. Im Verlauf des Festes brachten Kameraden aus Wolfstahl die Trauermeldung, daß der erste Kreisvorsitzende, Kommandant Hermann Trunk-Wolfstahl, dort gestern plötzlich gestorben ist.

§ Kallstadt, 26. Juni. In der Nacht zum Samstag wurde die 40-jährige Hochran Marie Eberhardt von zwei unbekannten Männern überfallen und beraubt. Die Täter schlugen die Frau zu Boden und nahmen ihr den Geldbeutel mit 40 M. Inhalt weg.

§ Baden-Baden, 25. Juni. In der evangel. Stadtkirche hier selbst tagte die diesjährige Bezirksynode Baden, welche vom 20. bis zum 24. Juni mit einem Gottesdienst und Predigt des Herrn Stadtpfarrer Hessebacher eingeleitet wurde. Bei Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende, Herr Defan Spener, die Mitglieder der Synode, worauf die Herren Pfarrer Haeck-Bühl und Stadtpfarrer Dürr-Gernsbach zu Schriftführern ernannt wurden. Herr Stadtpfarrer Spitzer-Kachen erstattete das Referat über den Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen. Nach längerer Aussprache, an der sich die Herren Defan Spener, Stadtpfarrer Hessebacher, Pfarrer Höfer, Pfarrer Haeck, Stadtpfarrer Appach und Redakteur Steinhilber beteiligten, wurde eine Resolution angenommen des Inhalts, daß die für den Unterricht vom Oberkirchenrat gegebenen Richtlinien sich praktisch nicht bewähren und der Änderung bedürftig sind. Ueber den Wert und die Bedeutung der Evangelisation für die Gemeinden sprach sodann Pfarrer Höfer-Gaggenau mit dem Referat, daß eine Entschärfung zur Annahme kam, in der die Förderung der Evangelisation durch die Kirche für zweckdienlich gehalten wird. Herr Defan Spener machte Mitteilungen über die Beschlüsse der letzten Synode und gab einen ausführlichen Kirchenbezirksbericht, der gänzlich lautierte. Der von Herrn Fleischer-Stambach erstattete Bezirksstellenbericht wurde genehmigt, ebenso der von Herrn Pfarrer Haeck vorgelesene Voranschlag für 1922 und 1923. Zum Bezirksstellenrat-Stellvertreter wurde Herr Oberforstmeister Hebling-Baden-Baden neu, zum Defan-Stellvertreter Herr Pfarrer Haeck-Bühl einstimmig wiedergewählt. Nach Erstattung von Berichten durch verschiedene Vertreter kirchlicher Vereine konnte die Synode, da die Tagesordnung damit erledigt war, nachmittags 3 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen werden.

— Rast bei Emmendingen, 26. Juni. Durch Feuer ist das große Doppelwohnhaus des Landwirts Wilhelm Pfeiffer samt Scheuer und Stall zerstört worden. Drei Familien sind obdachlos, die ihre gesamte Habe verloren haben. Nur der Viehbestand konnte gerettet werden.

§ Freilicht bei Rehl, 26. Juni. Vom Blitz erschlagen wurde der Landwirt Benjamin W. Etti, als er auf dem Felde mit Wägen beschäftigt war.

§ Säckingen, 26. Juni. In den Standard-Works wurde der 14-jährige Ratter von einem an einer im Gang befindlichen Schleifmaschine befindlichen Schlüssel an den Kopf getroffen und getötet.

Aus der Pfalz.

§ Spener, 26. Juni. Die Reichspost-Abteilung München hat an die Postbehörden eine Verfügung auf Einschränkung des Nachdienstes zwecks Kosteneinsparung gerichtet. Sowohl im eigentlichen Postbetrieb, wie im Nachdienst, in den Fernsprechämtern usw. sollen Einsparmaßnahmen zur Durchführung gelangen, über deren Umfang und Art die Kenner befristete Meldungen den Oberpostdirektionen zu erstatten haben. Diese prüfen die Meldungen und teilen sie an die Münchener Abteilung des Reichspostministeriums weiter.

§ Kaiserlautern, 26. Juni. Der Pfälzische Bauernbund hat Schritte unternommen, um in der Pfalz den Getreidepreis für einen Liter Milch auf 14 Mark festzusetzen. Der Kleinverkaufspreis für den Liter würde damit auf 15.—16 Mark steigen. Begründet wird die Erhöhung mit den steigenden Futterpreisen und neuen Lohnforderungen der landwirtschaftlichen Arbeiter.

§ Zweibrücken, 26. Juni. Das dreijährige Söhnchen des Rationalsformers Bäckler fiel am dem 3. Stadtwert der ertelichen Wohnung in der Kreuzbergstraße vor den Augen des Vaters auf die Straße, erlitt u. a. einen Schädelbruch und starb alsbald.

Nachbargebiete.

§ Worms, 24. Juni. In einer Todesfahrt wurde dem 14-jährigen Hans Heinrich Gornes von Worms die Fahrt zwischen Würzburg und Hofheim. Er geriet durch eine Verletzung unglücklicher Umstände zwischen den Eberbaum des Wagen und wurde eine Strecke weit geschleift und dann noch am Halsnabel überfahren. Schwere Verletzung kam der junge Mensch ins hiesige Krankenhaus und starb dort in kurzer Zeit.

§ Darmstadt, 24. Juni. Von seiner besseren Hälfte betrogen wurde ein heiliger Fiedelweber. Die Ehefrau ging mit einem Betrag von 37 000 Mark durch. Man nimmt an, daß sie mit einem Betrüger ins Rheinland geflüchtet ist.

Kalkarmut des Körpers ist die Ursache vieler Schwächezustände

Kalzan beugt vor!

In Packungen von 80 und 45 Tabletten in Apotheken und Drogerien erhältlich. — Aufklappende Bechleinchen kostenlos durch Johann A. Wülfing, Berlin SW 45, Friedrichstr. 231

Beamtenforderungen.

Der Beamtenausschuß der Deutschen Volkspartei hat an die Parteileitung in Berlin den folgenden Antrag gerichtet:

In der gesamten Tagespresse erschien etwa Mitte Mai die folgende, von der Reichspressestelle herausgegebene Notiz:

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine statistische Uebersicht überreicht, aus der hervorgeht, daß in Deutschland 1 557 786 Reichsbeamte, Reichsangehörige und Reichsarbeiter beschäftigt sind, die insgesamt einen Kostenaufwand von 4 1/2 Milliarden verursachen.

Diese tendenziöse Veröffentlichung, die nicht die einzige in ihrer Art ist, ist nur dazu geeignet, die Bevölkerung immer mehr gegen die Beamtenenschaft einzunehmen, so daß es nicht zu verwundern ist, wenn bei jeder notwendig werdenden Gehaltserhöhung sich immer mehr Widerstände geltend machen.

Der Beamtenausschuß hat schon wiederholt die Beobachtung machen müssen, daß in regelmäßigen bestimmten Zwischenräumen amtliche Pressenotizen erscheinen, die sich entweder nur auf den Gehalt der Beamten, die für Gehaltserhöhungen der Beamtenenschaft aufgewendet werden, oder statistische Betrachtungen darüber enthalten, wie groß das Beamtenheer ist und welche Leistungen der Bevölkerung dadurch erwachsen.

Der Wahlkreisbeamtenausschuß hält es deswegen für unbedingt erforderlich, daß die Regierung auf diese Tatsachen hingewiesen und energisch aufgefordert wird, ihnen gebührende Rechnung zu tragen.

Wir bitten deshalb, in geeigneter Form entweder durch die Fraktion oder durch einzelne Parlamentarier, bei der Regierung in diesem Sinne ernste Vorstellungen zu erheben, die in dem Verlangen bestehen, die Veröffentlichungen derartiger Pressenotizen in Zukunft zu unterlassen.

Der Direktor des deutschen Auslandssekretariats, Erich Villenthal, hat in einer Broschüre: 'Wie wir verhungern, die als Flugchrift Nr. 9 des deutschen Beamtenbundes erschienen ist, auf Grund von genauen Berechnungen nachgewiesen, daß ein mittlerer Beamter mit Frau und zwei halberwachsenen Kindern, der nach langjähriger Dienstzeit im Jahre 1914 ein Dienstfeinkommen von 4-5000 M hatte, Anfang April 1922 ein Einkommen von über 200 000 M haben mußte, um dieselbe Lebensweise, nicht von Geld, aber von Nahrungsmitteln freie Existenz führen zu können wie vor dem Kriege.

erschütternde Bilder des wirtschaftlichen Niederganges weißt das Ergebnis einer Rundfrage auf, die der Statistische Ausschuß des Philologenvereins der Provinz Hannover angestellt hat - ein Ergebnis, das sich auf rund 1000 voll ausgefüllte Fragebogen aus allen Teilen der Provinz stützt. Vor dem Kriege konnten 5,2 Prozent aller hannoverschen Philologen Einkommnisse vom Gehalt machen, im Jahre 1921 waren nur 3,6 Prozent in der Lage; von diesen aber war die Hälfte Junggeheime, ein weiteres Viertel hatte nur für zwei Personen zu sorgen.

Handel und Industrie.

Dollarkurs 355 Mark.

Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Nach dem 57. Rechenschaftsbericht für das Jahr 1921 beläuft sich der Gesamt-Gewinn einschl. 45 469 M Vortrag auf 7 907 Mill. gegen 4 011 Mill. i. V. Die Überschüsse betragen: in der Transport-Versicherung 5 177 (4 932) Mill., in der Feuer-Versicherung 2 559 (1 466) Mill., in der Lebens-Rückversicherung 22 889 (1 247) Mill., in der Einbruchdiebstahl- und Aufruhr-Versicherung 4 542 (2 78) Mill., in der Garantie- und Kautionsversicherung 13 427 Mill. Die Verluste betragen: in der Glas-Versicherung 140 500 (134 383), in der Unfall- und Haftpflichtversicherung 2 944 (2 706) Mill., in der Wasserleitungsschäden-Versicherung 296 625 (212 197), an Zinsen und Mieten gingen 5 527 Mill. ein, wovon 3 652 Mill. in den Gewinnziffern der einzelnen Branchen enthalten sind, sodaß 1 875 Mill. aus Erträgen von Kapital und Reserven herrühren.

Die Kapitalanlagen beziffern sich auf 79 649 Mill. erst-stellige Hypotheken, 18 767 Mill. in Wertpapieren und 8 579 Mill. Grundbesitz. Von den beliebigen Liegenschaften sind 214 in Frankfurt a.M., 19 in Berlin und 135 in sonstigen Städten Deutschlands gelegen. In der Bilanz sind außerdem an Bankguthaben 21 824 Mill. und Kassenbestand 630 005 ausgewiesen. An Ausländern sind 44 87 Mill. bei Versicherungsunternehmen und 38 248 Mill. bei Agenten vorhanden. Der Gewinn von 7 907 Mill. soll wie folgt verteilt werden: 5 889 Mill. Dividende und zwar für 30 750 Aktien à 196,66 abzüglich 10% Kapitalertragssteuer = netto 150 für die Aktie, 5 12 Mill. für 9250 Aktien mit Dividende ab 1. Juli 1921 à 83,33 abzüglich 10% Kapitalertragssteuer = 75 für die Aktie, 770 802 (i. V. 100), 490 345 (431 003) Tantiemen, 250 000 (100 000) in den Pensionsfonds und 21 000 für Talonsteuer, 1 24 Mill. (45 469) werden auf neue Rechnung vorgetragen. Im neuen Rechnungsjahr haben die Prämien in allen Abteilungen wiederum eine beträchtliche Steigerung erfahren.

1400 M für ein Zwanzigmarkstück. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 26. Juni bis 2. Juli d. Js. zum Preise von 1400 M für ein Zwanzigmarkstück, 700 M für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 26. Juni ds. Js. bis auf weiteres zum 30fachen Betrag des Nennwertes. (Letzte Woche wurde für ein Zwanzigmarkstück 1250 M, für ein Zehnmarkstück 625 M und für Reichsilbermünzen der 25fachen Betrag bezahlt. Die Schriffl.)

Badische Uhrenfabrik A.-G. in Württemberg. Die auf den 15. Juli einberufene Generalversammlung wird über eine Erhöhung des Grundkapitals um 2 Millionen Mark, darunter 500 000 M 6%ige Vorzugsaktien mit gleichem Stimmrecht, zu beschließen haben.

Progresswerk Oberkirch, Stadelhofen. In der am Samstag stattgehabten Generalversammlung wurde die Dividende auf 80% festgesetzt. Der Vorstand berichtet, daß der Geschäftsgang ein sehr guter sei und daß für das laufende Jahr mit einem recht günstigen Abschluß gerechnet werden dürfe. Infolge Verschiebung im Aktienbesitz setzt sich der Aufsichtsrat jetzt wie folgt zusammen: Vorsitzender Bankier Joseph Frisch-Stuttgart, stellvert. Vorsitzender Bankier Pick-Stuttgart, ferner Bankdirektor Siegl-Baden-Baden (Rhein. Creditbank), Rechtsanwalt Reis-Stuttgart, Kaufmann Walz-Stadelhofen und Baurat Otto Frisch-Stuttgart.

Devisenmarkt

Weiteres Steigen der Devisen.

Der Dollar von 348 auf 355 gestiegen.

Mannheim, 26. Juni. (9.35 Uhr vorm.) Die Ermordung Rathenaus hält die Börse immer noch stark in Erregung. Die Devisen sind weiter in die Höhe. Der Dollar stieg zeitweise auf 365, wurde jedoch zu diesem hohen Satze nicht gehandelt, sondern gesprochen. Die Mark kam nachherlich mit ihrem bisherigen tiefsten Stand aus New York, mit 0,28% cents, was einem Dollarkurs von 355,60 entspricht. Der Devisenmarkt ist in hohem Maße unsicher, da weitere Unruhen und starke Erregungen mit demonstrativem Verlauf befürchtet werden. Am hiesigen Platze werden folgende gesprochene Kurse genannt: Holland 13 600, Kabel New York 355 (welcher Kurs ungefahr der Parität entspricht), London 1560, Schweiz 6750, Paris 2875, Brüssel 2750, Mailand 1630.

Table with exchange rates for various cities: Zürich, Bern, Wien, Prag, Holland, New York, London, Paris, Amsterdam, Wechoel a. London, Berlin, Paris, Schweiz, Wien, Kopenhagen, Stockholm, Amsterdam, Paris, New York, London, Bern, Wechoel a. London, Stockholm, Christiania, New York, Brüssel, Madrid, Sao Paulo, Amsterdam, London, Wechoel a. London, Stockholm, Christiania, New York, Brüssel, Madrid, Sao Paulo.

Table with exchange rates for Spain and Italy: Spanien 15,33 15,45, Frankreich 8,47 8,34, Belgien 8,03 7,97, Schweiz 10,94 10,93, England 4,40 4,30, Italien 4,74 4,63, Deutschland 0,30 0,25.

Waren und Märkte.

Getreide- und Produktenmärkte.

m. Mannheim, 23. Juni. Fast täglich liefern in den letzten Tagen höhere Kursnotierungen von den amerikanischen Börsen ein. Nach den Berichten aus den Vereinigten Staaten scheinen hauptsächlich ungünstige Wetterberichte aus Canada, wie auch aus Kansas den Anlaß hierzu gegeben zu haben. Für Hardwinter II per Juli-Abladung verlangte man 13% hfl. für 80 kg. Rosa Fe 65% belgische Franken für die 100 kg cif Rotterdam, Barletta Russo 79 1/2 kg. Ausladungsgewicht, seeschwimmend war zu 1785 M per 100 kg cif Düsseldorf angeboten. Für Roggen Western II seeschwimmend, verlangte man 1170-1175 hfl. die 100 kg cif Rotterdam. Hafer war ungefähr zu den in unserem letzten Wochenbericht genannten Preisen offeriert. Für Mixedmais seeschwimmend, verlangte man 8,25 per Juni-Verschiffung 8,30 für Plata-Mais seeschwimmend 9,45 und per Herbstlieferung 9,05 hfl. per 100 kg cif Seehafen.

An unseren süddeutschen Getreidemärkten machte die in

den Vorwochen eingetretene Festigkeit weitere Fortschritte, was als ganz selbstverständlich betrachtet werden kann, da die deutsche Reichsmark sich weiter verschlechterte und im Gegensatz hierzu die Preise für ausländische Zahlungsmittel andauernd in die Höhe gesetzt wurden. Der Dollar ist bis auf 33 1/2 und der Gulden bis auf 127,50 gestiegen.

Weizen, der in der Vorwoche mit 1690 M bahrfrei Mannheim bezahlt worden war, stellt sich heute auf 1820 M. Roggen hatte bei starker Nachfrage lebhaftes Geschäft und die Preise für hier disponiblen Roggen stellten sich mit 1450 M um etwa 150 M per 100 kg bahrfrei Mannheim, höher als in der vorhergegangenen Woche. Nach Braugerste besteht weiter gute Nachfrage und die Preise für hierländische Ware sind bis auf 1700-1720 M die 100 kg bahrfrei Mannheim gestiegen. Futtergerste in gewöhnlicher Ware kostete 1490 bis 1500 M, während besondere Qualitäten zu 1525-1550 M die 100 kg bahrfrei Mannheim, am Markte waren. Für Chilergerste lauteten die Forderungen auf 65, für polnische Gerste auf 60-61, für kalifornische Futtergerste auf 55-56 und für Donaugerste auf 50-53 belgische Franken, die 100 kg cif Antwerpen. Hafer wurde bahrfrei Mannheim mit 1500 M die 100 kg bezahlt, doch bewegten sich die Forderungen bis auf 1525 M. Mais war im Preise wesentlich höher gehalten, was bei der Steigerung der Devisenkurse selbstverständlich ist, da dieser Artikel nur vom Auslande bezogen werden kann. Man verlangte für hier disponiblen Yellow-Mais 1220, und für Mixedmais 1175 M für die 100 kg, ohne Sack, frei Waggon Mannheim.

Auch Futtermittel waren höher gehalten. Man verlangte für Weizenkleie 925-950 M für die 100 kg ab süddeutschen Mühlenstationen. Italienische Rapskuchen waren zu 60 Lire die 100 kg bahrfrei deutscher Grenzstation offeriert. Madagaskar-Kokoskuchen stellten sich auf 1260 M die 100 kg bahrfrei Friedrichshafen. Malzkeime kosteten 900 und Biertreber 875 M die 100 kg ab Station München. Rapskuchen, Mannheimer Fabrikat, per Juli-August-Lieferung waren zu 1100 M die 100 kg bahrfrei Mannheim käuflich. Rauhfutter lag ebenfalls fest, man verlangte für vorjähriges Wiesenheu 750-780 M, für Preistroh 370 und für gebundenes Stroh 350-370 M per 100 kg frei Waggon Mannheim, geliefert.

Mehl verkehrte in Uebereinstimmung mit Brotgetreide in sehr fester Haltung und die Mühlen sahen sich veranlaßt ihre Forderungen fast täglich hinaufzusetzen. Für Weizenmehl, Marke Spezial 0, stellt sich der heutige Mühlenpreis auf 2425 M, während die zweite Hand zu 2360-2380 M per 100 kg, ab süddeutschen Mühlenstationen, als Abgeberin im Markte ist. Für Weizenbrotmehl verlangt die zweite Hand 1725 M ebenfalls per 100 kg ab süddeutschen Mühlenstationen. Roggenmehl kostete bei den Mühlen 1900 M, bei der zweiten Hand dagegen nur etwa 1650 M die 100 kg ab süddeutschen Mühlenstationen.

Hälsenfrüchte hatten ebenfalls festen Markt und besonders wurden die Preise für Erbsen, die bei kleinem Angebot stark begehrt blieben, ganz bedeutend erhöht. Man zahlte bahrfrei Mannheim 1600-1700 M, je nach Qualität für die 100 kg. Reis war, je nach Qualität, zu 2000-2300 M per 100 kg bahrfrei Mannheim am Markte.

Tabak. In den letzten Tagen zeigte sich verstärkte Nachfrage nach den noch verhältnismäßig kleinen Partien aus der 1921er Tabakernte. In Seckenheim wurden einige Posten Tabake, die aber nur wenig Fermentation mitgemacht haben, zu 2500-2600 M von den Pflanzern abgenommen, doch dürften diese Tabake für die Fabrikation sich recht teuer stellen, da sie, bis sie verarbeitungsfähig sind, fast noch vollen Dekalosatz benötigen. Der strichweise niedergegangene Regen der letzten Tage ist für das Wachstum der jungen Pflänzchen recht vorteilhaft gewesen. Der Anbau von Tabak scheint gegenüber dem Vorjahre größer zu sein. Die Preise für Rippen haben in den letzten Tagen weiter angezogen. Indische Rippen kosten 1100-1200 M und ausländische Rippen 1600-1700 M per Zentner verpackt in gepreßten Ballen.

Rheinschiffahrt. Die gewitterartigen Regenfälle begünstigten den Wasserstand, sodaß die unterwegs sich befindenden Kähne ihre Bestimmungshäfen, ohne irgendwelche Leichterungen unterwegs vornehmen zu müssen, erreichen konnten. Die Schiffsverkehrsverhältnisse sind z. Zt. was den Verkehr betrifft, ziemlich lebhaft und auch der Umschlagsverkehr zeigt in letzter Zeit eine nicht unwesentliche Besserung. Die Frachtraten haben weiter angezogen. Auch das Schleppgeschäft zeigt eine Besserung. Schleppkraft ist genügend vorhanden und an Schlepplöhne wurden bezahlt nach Karlsruhe-Maxau 31-33 M, und nach Straßburg-Kohl 32 bis 35 M. Der Talschlepplohn steht, wie wir bereits in unserem letzten Bericht angezeigt haben, seit dem 20. ds. Mts. auf 1400% über Normaltarif.

Holz. Die Steigerung der Devisenkurse wirkt auch auf die Holzmärkte befestigend. Die Nachfrage nach Holzgattungen ist wieder reger; doch scheitern größere Aufträge an den neuerdings erhöhten Forderungen. Wie man aus der Holzindustrie vernimmt, soll dieselbe wieder besser mit Aufträgen versehen sein.

Amerikanischer Funkdienst.

Table with telegraph rates for New York, Chicago, and other cities: New York, 24. Juni (WB) Funkdienst, Chicago, 24. Juni (WB) Funkdienst.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Juni

Table with water level observations for various rivers: Pegelstation vom Rhein, Pegelstation vom Neckar, Westwind. Bedeckt.

Mannheimer Wetterbericht

vom 26. Juni morgens 7 Uhr. Barometer: 752,8 mm, Thermometer: 12,2° C. Niedrigste Temperatur: Nachts 11,8° C. Höchste Temperatur gestern: 23,5° C. Niederschlag: 0,0 Liter auf den qm. S. 2. Regenrisch.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Dr. Franz W. Mannheimer General-Anzeiger, G. u. b. O. Mannheim, E. 6, 2. Telefon: Ferdinand Heyme. - Verantwortlich für Inhalt: Dr. Fritz Dammes; für Handel: F. E. Franz Richter; für Druckerei: H. Rabenau; für Belates und den übrigen redaktionellen Inhalt: F. E. Josef Schäfer, für Anzeigen: Karl Hügel.

Übersehen Sie nicht die Bezugs-Erneuerung auf den

Mannheimer General-Anzeiger

In einigen Tagen wird der Briefträger die Quittung über die Gebühren für das nächste Vierteljahr vorlegen. Durch Einlösung sichern Sie sich die regelmäßige Lieferung unseres Blattes. Die Geschäftsstelle.

S 387

